

info

**Studenten
beratung**

NR. 15

Braunschweig, im Mai 1982

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

Redaktionsanschrift: Zentrale Studienberatung der TU Braunschweig
Fallersleber - Tor - Wall 10
3500 BRAUNSCHWEIG

Redaktion und Druck: Reinhard Böhm (ZSB Braunschweig) (verantwort-
licher Redakteur)
Marion Kilppel, Uta Dobrinski (Referat für
allgemeine Studienberatung der TU Berlin)

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

Eure Manuskripte waren oft - drucktechnisch gesehen - unmöglich!
Da niemand Lust und Zeit hat, sie noch einmal abzutippen, sei für
das nächste Mal noch einmal auf die "drucktechnischen Regeln" in
Arge - Info Nr. 14 hingewiesen. Bitte, beachtet von allem die
Maße für den S A T Z S P I E G E L, d.h. haltet den nötigen Rand
ein. Wir können sonst das Info nicht binden, ohne einen Teil des
Textes zu verstecken. Und wer will das?

Inhalt

EDITORIAL	
Erfahrungsbericht der alten Zentralredaktion	5,2
Bemerkungen der neuen Zentralredaktion	4
NACHRICHTEN	
Entschießung des ARGE Plenums zur Studienreform	5
Studienberatung in der EG	7
Fortbildung Hessischer Studienberater	8
Medizinzulassung - WRK Botschaft	17
Bericht über die ZSB Osnabrück	15
Neuer H R G - Kommentar zum Berufsberatungsmonopol	22
ARGE TAGUNG IN BRAUNSCHWEIG	
Bericht aus TU-aktuell	24
Gesamtprotokoll	25
Protokolle der Arbeitsgruppen	30
ZUR DISKUSSION	
Wer darf wen beraten?	57
VERMISCHTES	
Fund - Büro für Studienberatung	54
Kurioses aus Dortmund	56
Wenn Berater Ungestüm nachdenkt	63
Kultur aus Braunschweig	64

EDITORIAL

Die Bochumer Zentralredaktion (Günter Rietbrock, Dieter Parsiegla) des ArGe-Infos hat die Infos Nr. 11 bis 14 redaktionell betreut. Den Druck der Nr. 11 besorgte H.-J. Schmidt von der FH Darmstadt, die Nr. 12 bis 14 organisierten Marion Klippel und Uta Dobrinkat von der TU Berlin.

Über unsere Erfahrungen möchten wir hier berichten. Einmal um Rechenschaft zu geben, zum anderen um die Erfahrungen weiterzugeben an Kollegen, die sich für diese Tätigkeit innerhalb der ArGe interessieren.

Die Funktion und die Konzeption des Infos sind ausführlich auf der Tagung in Freiburg im September 1979 diskutiert worden (siehe Info Nr. 10, Seiten 2 und 3). Neben inhaltlichen Wünschen war das wesentliche Neue die organisatorische Maßnahme, für jedes Bundesland einen Länderredakteur zu benennen. Hierin drückt sich das Selbstverständnis der ArGe aus, eine Selbsthilfeorganisation der Studentenberater zu sein.

Wir haben hier anknüpfen können und erfahren, daß die Aufgabenteilung zwischen Zentral- und Länderredaktion sinnvoll ist. Während die Länderredaktionen in erster Linie Beiträge liefern, hat die Zentralredaktion zunächst einmal eine koordinierende Funktion. Diese Zusammenarbeit in Form periodisch sich häufender Telefonate hat sich bewährt. Es ist auch berechtigt zu sagen, daß die Zahl der Kollegen, die sich beteiligen, gestiegen ist.

Wenn die Situation im Allgemeinen auch zufriedenstellend ist, so sind im Einzelnen doch eine Reihe von kritischen Punkten zu benennen.

Wenn wir ausgehen von den Vorstellungen, die wir im Editorial der Nr. 11, Seiten 2 und 3, formuliert haben, so ist festzustellen, daß der Informationsaustausch (Hinweise auf Adressen, Termine, Stellen, Medien, Arbeitsmaterialien) bislang nicht so richtig in Gang gekommen ist. Auch konzeptionelle Vorstellungen oder Reflexionen der eigenen Arbeit sind nicht in der Zahl der Redaktion geschickt worden, daß zu überlegen gewesen wäre, das Info häufiger erscheinen zu lassen.

Die vier Nummern, die in der Zeit von Januar 1981 bis Januar 1982 herausgebracht worden sind, dienen mit einer Ausnahme der Dokumentation der vorausgegangenen Bundestagung. Einmal ist es gelungen, ein Info mit auf die Bundestagung vorbereitenden Materialien zu produzieren (Nr. 13). Es ist festzuhalten, daß einmal der Beschluß des Plenums (Bremer Tagung, Frühjahr 1981), einen frühen Redaktionsschluß vorzusehen (ca. 30 Tage

nach Ende der Tagung) gut eingehalten worden ist, so daß dann auch Zeit und Mut für eine weitere Nummer war, daß einmal der Beschluß des Plenums (Tübingen, Tagung, Herbst 1981) nicht eingehalten worden ist (Redaktionsschluß: 1. 11. 1981, Eintreffen des letzten Arbeitsgruppenprotokolls: 22. 1. 1982).

Aus den beschriebenen Erfahrungen möchten wir der neuen Redaktion einige Ideen mit auf den Weg geben.

Zunächst halten wir es für notwendig, die Zusammenarbeit der Länderredaktionen und / oder der Beratungsstellen und / oder einzelner Kollegen/innen mit der Zentralredaktion in der Weise zu gestalten, daß der Zentralredaktion mehr zugearbeitet wird. Es ist einfach mühselig, immer wieder herumzutelefonieren und versprochene oder angekündigte Beiträge anzunehmen. In diesem Zusammenhang möchten wir die Frage der regionalen Organisation der ArGe noch einmal aufgreifen und anregen; aus diesen Kontakten und Aktivitäten heraus könnte auch der Austausch über Info forciert werden.

Das Problem des Redaktionsschlusses sollte nochmals bedacht werden; wir plädieren (natürlich!) dafür, ihn ernst zu nehmen. Für das Heft Nr. 14 hätte das bedeutet, daß einige Beiträge und Protokolle von Arbeitsgruppen aus Tübingen nicht erschienen wären. Dies führt auch zur Frage der Erscheinungsweise des Infos; bei der jetzigen halbjährlichen Erscheinungsweise kommen die Berichte und Protokolle der letzten ArGe-Tagung mit der Einladung für die nächste zusammen; dies bedeutet auch, daß für Termine, Stellenausschreibungen u. ä. der Rhythmus wohl zu lang ist. Hier könnte man überlegen, ob das Info öfter erscheinen kann (siehe auch Problem Redaktionsschluß und Zuarbeit für die Zentralredaktion), oder es wäre auch ein zwischenzeitlicher Rundbrief denkbar.

Die Struktur des Infos hat sich unseres Erachtens bewährt und kann so bleiben: Editorial, Nachrichten, ArGe-Tagung, zur Diskussion, Vermischtes.

Zum Selbstverständnis der Zentralredaktion möchten wir anmerken, daß wir für das jeweilige Info ein Konzept hatten und die Kollegen um Beiträge ansprachen, die vorliegenden Beiträge aber nicht inhaltlich redigiert haben; wir halten dieses Verfahren für angemessen und möchten es auch der neuen Redaktion wärmstens ans Herz legen.

Ein persönliches Wort zum Schluß: es war Frust und Lust zugleich, aber reich an Erfahrungen und fürs persönliche Wachstum förderlich. Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit, last but not least den Berliner "Druckern".

In diesem Sinne: Glück auf!

Dieter Parsiegla Günter Rietbrock

Bemerkungen der neuen Zentralredaktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jetzt hat's Braunschweig erwischt. Zusammen mit den Berlinern machen wir die Zentralredaktion für das ARGE Info.

Ob das uns gelungen ist, könnt ihr anhand dieser Ausgabe beurteilen.

Zunächst einmal den Bochumern besten Dank für ihre Arbeit und ihre Hinweise. Wir wollen es bei der bisherigen Struktur belassen. Je nachdem, ob genügend Beiträge hereinkommen, werden wir noch ein Heft bis zur nächsten ARGE Tagung erstellen. Redaktionsschluß für das nächste Heft ist Montag, 8. August. Der Termin ist ernst gemeint, da wir wegen der Zeit für's Drucken vom Redaktionsschluß bis zur Veröffentlichung mindestens 6 Wochen benötigen. Die nächste ARGE Tagung ist vom 22. bis 25. September.

Liebe Länderredakteure, reicht Euer Manuskripte rechtzeitig ein, am besten Anfang Juli, wegen der Urlaubszeit. Und noch ein Wort zum Sonntag, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist mühsam, ständig hinter Eueren Beiträgen hinterherzulaufen. Außerdem solltet Ihr Euch ein bißchen mehr einfallen lassen. Themen gibt's genug und wem stößt nicht öfters einmal etwas auf? Eine Seite für's Info zu tippen ist auch eine Möglichkeit, ein bißchen Dampf abzulassen. Besonders die Psychos in entsprechenden Beratungsstellen sollten sich einmal unter diesem Aspekt überlegen, ob Sie nicht aktiver mitarbeiten wollen.

Also, schreibt mal was Schönes und schickt Eueren Erguß bis Anfang Juli an den zuständigen Länderredakteur oder an

Reinhard Böhm
c/o Zentrale Studienberatung der
TU Braunschweig
Fallersleber-Tor-Wall 10

3300 Braunschweig

Viele Grüße.

Euerer Zentralredaktion

NACHRICHTEN

Entschließung des Plenums der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)
zur Studienreform

Die Studienberater und -beraterinnen werden durch ihre tägliche Beratungsarbeit ständig mit den Problemen der Studierenden und der Hochschulen konfrontiert. Sie haben daher die Bemühungen, durch eine umfassende Reform des Studiums und der Lehre zur Weiterentwicklung des Hochschulwesens beizutragen, mit Interesse und kritischer Anteilnahme verfolgt. Sie sind nicht nur gesetzlich sondern vor allem auch auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen legitimiert, zum gegenwärtigen Stand der Studienreformbemühungen Stellung zu nehmen. Dabei ist Studienreform kein Selbstzweck, sondern hat nach dem Selbstverständnis der Arbeitsgemeinschaft von folgenden Prämissen auszugehen:

1. Die Reform muß in erster Linie von den Interessen der Betroffenen, d.h. der Lehrenden und Studierenden ausgehen und von diesen erarbeitet und umgesetzt werden. Der Einfluß des Staates hat sich auf die Setzung von Rahmerbedingungen zu beschränken. Dies verlangt die grundsätzlich garantierte Freiheit von Lehre und Forschung sowie die daraus abgeleitete Autonomie der Hochschulen.
2. Die Reform hat den unterschiedlichen Gegebenheiten in einem föderativen Staat Rechnung zu tragen. Bundeseinheitliche Regelungen sind notwendig, um die Freizügigkeit im Hochschulbereich zu gewährleisten, jedoch müssen Experimente nicht nur möglich sein, sondern gefördert werden, wenn Studienreform als ständiger Innovationsprozeß und nicht lediglich als technokratische Anpassung an veränderte ökonomische und politische Strukturen verstanden wird.
3. Ziele der Studienreform sollen sein:
 - Festigung der erreichten Öffnung der Hochschulen für größere Bevölkerungskreise, Abbau des Numerus clausus und Verstärkung der Möglichkeiten, mit beruflichen Qualifikationen ein Studium aufzunehmen
 - Abbau der Hierarchisierung im Hochschulbereich
 - Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten im Sinne eines "lebenslangen Lernens" einschließlich Ausbildung der Fähigkeit, Berufspraxis zu analysieren und zu reflektieren.

- Verknüpfung von fachlicher und sozialer Handlungskompetenz als Bildungsauftrag der Gesellschaft an die Hochschule (vergl. § 7 HRG)
 - Einbezug der Berufspraxis von Hochschulabsolventen als notwendigen Lehr- und Forschungsgegenstand in alle Studiengänge
 - Integration von Lehre und Forschung durch weitgehende Organisation des Studiums im Sinne des "forschenden Lernens" beispielsweise im Projektstudium
 - Umgestaltung des Auslese-Prüfungssystems in ein System sinnvoller Rückkoppelung von Lernerfolgen bzw. Mißerfolgen beispielsweise durch studienbegleitende Leistungsnachweise
 - Stärkung einer interdisziplinären und problembezogenen Lehr- und Forschungsstruktur, um wissenschaftliche Entwicklungen in der ganzen Breite ihrer Auswirkungen einschätzen zu können
 - Verringerung der Orientierungsprobleme und Entfremdungserscheinungen bei den Studierenden durch Stärkung der Hochschuldidaktik und der Orientierungs- und Beratungsangebote
4. Die Reform hat sich mit dem Ausbau und der inhaltlichen Entwicklung des Ausländerstudiums zu beschäftigen. Hierbei sind die besonderen Bedürfnisse von Studenten aus Entwicklungsländern und von "Bildungsinländern" (Ausländer mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung) in den Vordergrund zu stellen.

Die Studentenberater und -beraterinnen begrüßen in diesem Zusammenhang die von der Ständigen Kommission für die Studienreform im September 1979 verabschiedeten "Grundsätze für Studium und Prüfungen", die eine Weiterarbeit im Sinne der angeführten Prämissen erlauben. Eine Rücknahme dieses Kompromisses würde die weitere Mitarbeit an der Studienreform für viele Hochschulmitglieder unmöglich machen und sie damit zum Scheitern verurteilen.

Die Studentenberater und -beraterinnen werden diese Entschlie-ßung in die Arbeit an ihren Hochschulen einbringen und die weitere Ausgestaltung der angesprochenen Punkte auf der Grundlage ihrer Beratungserfahrungen vorantreiben.

STUDIENBERATUNG IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Von der italienischen Fondazione Rui wurde mit Unterstützung der Region Lombardei am 12. März 1982 in Mailand eine Tagung zu den Perspektiven der Studienberatung ("Ruoli e Prospettive dell'Orientamento Universitario") durchgeführt. Diese Tagung, zu der u.a. ein britischer und ein deutscher Referent eingeladen waren, hatte 3 Zielsetzungen, die auch außerhalb Italiens von Interesse sein dürften:

1. Vorstellung des von der Fondazione Rui im Auftrage der EG erarbeiteten Europäischen Studienberatungsreports ("L'Orientamento e il 'Counselling' nella Università della Comunità Europea", Rom 1982, 200 S.): Diese Bestandsaufnahme beschreibt recht detailliert den Stand der Studienberatung in den 10 Ländern der Europäischen Gemeinschaft (ist allerdings bislang nur in italienischer Sprache erhältlich - englische und französische Übersetzungen sind in Vorbereitung).
2. Diskussion des neuen Landesgesetzes Nr. 7 (v. 19.1.1981) der Region Lombardei ("Norme per l'attuazione del diritto allo studio nelle Università")
Über die Verwirklichung des Rechts zum Hochschulstudium:
 Das Gesetz sieht die Einrichtung von entsprechenden Instituten (Istituti per il diritto allo studio universitario - I.S.U.) vor; diese sind in der Region Lombardei (die inzwischen auch allein für die Studentenwerke zuständig ist) als Beratungsstellen für Schüler und Studenten an den Hochschulen wirken. Zu ihren Aufgaben zählen:
 - Orientierung über die beruflichen Möglichkeiten,
 - Hilfe bei der Studienwahl,
 - Studienbegleitende bzw. -unterstützende Beratung,
 - Sozialberatung, bes. hinsichtlich der Studienfinanzierung.
3. Entsprechend vorgenanntem Gesetz Starthilfe für den Aufbau eines "flächendeckenden" Studienberatungssystems in der Region Lombardei: Die Voraussetzungen hierfür scheinen gut, zumal die Universität Pavia (als eine der wenigen italienischen Hochschulen) bereits seit Jahren über eine Studienberatungsstelle verfügt, die wohl Vorbildcharakter für die übrigen Hochschulen haben soll. (Von den 5 psychologisch ausgebildeten Studienberaterinnen wurden 1981 etwa 1600 Intensivberatungen durchgeführt; der Schüleranteil lag bei 60%.)

SB, 2.4.1982

Heinz-Jürgen Beyer

Bericht über eine Fortbildungsveranstaltung Hessischer Studienberater

I. Entstehungsgeschichte und Zielsetzung

Seit Mitte des Jahres 1980 haben sich Vertreter der hessischen Studienberatungsstellen an Universitäten und Fachhochschulen regelmäßig alle 2 bis 3 Monate zu eintägigen Arbeitstreffen zusammengesetzt, um sich über ihre Arbeit gegenseitig zu informieren, Erfahrungen auszutauschen, Kooperationsabsprachen zu treffen und gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu verfolgen. Ein solches gemeinsames Interesse ist u.a. in Bezug auf Aus- und Fortbildung gegeben. Da sich durch Diskussion in den einzelnen Beratungsstellen nicht abschließend klären ließ, welche Fortbildungsbedürfnisse besser individual bzw. kollektiv lokal und welche besser regional abgedeckt werden können, wurden von einer Beratungsstelle "Grundsätzliche Überlegungen zur Fortbildung der Studienberater im Land Hessen" eingebracht. Diese Überlegungen sollten einen Selbstverständigungsprozeß innerhalb der Gruppe der hess. Studienberater initiieren. Sie sind nicht als abschließender "politischer" Forderungskatalog gemeint und zu verstehen. In diesem Papier heißt es:

"Aus der Tatsache, daß Studienberater Beratung durchführen, kann jedoch nicht geschlossen werden, daß Ausbildung für neu eingestellte und Fortbildung für bereits tätige Studienberater sich erübrigt. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die zumindest in Ansätzen vorhandene charakteristische Handlungskompetenz verbesserungsfähig und -bedürftig ist.

Die Konsolidierung der Studienberatung an hess. Hochschulen durch Verankerung von Stellen im Landeshaushalt läßt eine Verminderung der Fluktuation des Personals erwarten. Zu diesem Zeitpunkt erscheint es sinnvoll und lohnend, die Aus- und Fortbildung regional, also auf Landesebene, zu organisieren, wobei bestimmte Angebote bei Bedarf wiederholt werden können. Eine Gesamtkonzeption liegt aus Marburg vor, untergliedert und ausgeführt für einzelne Bausteine ...".

Die Studienberater hatten zunächst die Absicht, sich mit einem Antrag an die Landeshochschulkonferenz zu wenden, der die innen wichtigen Prinzipien für eine Fortbildung enthält. Die "Einseitigkeit" ist um der Klarheit willen durchaus beabsichtigt. Ob dieser Antrag an diesen Adressaten jemals gestellt wird, ist gegenwärtig unklar. Es kam und kommt vielmehr darauf an, Orientierungspunkte für die Planung und Vorbereitung gemeinsamer Fortbildung zu formulieren. Diese waren:

1. Für die hessischen Studienberater wird eine praxisbegleitende Fortbildung durchgeführt.
2. Sie wird nach dem Prinzip kollegialer Fortbildung organisiert; es können Experten hinzugezogen werden.
3. Sie findet regelmäßig jährlich über die Dauer von mindestens fünf zusammenhängenden Tagen statt (Blockkurs). Zusätzlich werden kürzere Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Die Dauer dieser Veranstaltungen bemißt sich nach den für die fachliche Bewältigung des Themas nötigen Zeitumfängen.
4. Die Teilnahme ist freiwillig.
5. Die finanziellen Mittel werden vom Land Hessen bereitgestellt.

Begründung:

Zu 1.

Eine Durchdringung und Weiterentwicklung des Berufsfeldes "Beratung" ist nur möglich durch die Auseinandersetzung mit Praxisproblemen und die Verarbeitung der Praxiserfahrungen. Lernen als Verhaltensänderung vollzieht sich über Bewußtwerden, Durcharbeiten und Erproben von Verhaltensalternativen. Praxiskompetenz kann nicht unabhängig von Praxis erreicht, bewahrt und erweitert werden". (Hiermit ist keine Theorieabstrenzung gemeint, im Gegenteil: Beratungsrelevante Erkenntnisse sollen - insbesondere durch das Hinzuziehen von Experten - in die Fortbildung einfließen.)

Zu 2.

Da alle Studienberater tatsächlich Beratung machen und aufgrund unterschiedlicher "Herkunft" unterschiedlich realisieren, kann jeder von jedem lernen. Inhaltliche und organisatorische Mitbestimmung garantiert Lernen "für sich", von dem Punkt aus, wo der Berater gerade steht, vermeidet ein Überstülpen von unangemessenen, unangepaßten Denk- und Verhaltensmustern. Besonders unter dem Gesichtspunkt, daß aus dem eigenen Umgang mit Experten viel über die Beziehung Klient - Berater (Experte) gelernt werden kann, sollten für die Fortbildung kompetente Nicht-Kollegen hinzugezogen werden.

Themen und Arbeitsformen werden von Studienberatern in Hessen selbst festgelegt (Prinzip der Selbstorganisation).

Zu 3.

Die zeitliche Ausdehnung von 5 Tagen kann nicht unterschritten

werden, wenn eine intensive personenbezogene Auseinandersetzung ermöglicht und eine verhaltensrelevante Intensität erreicht werden soll. Wirklich schwierige, mit der eigenen Person verknüpfte Probleme werden erst in einer Phase gemeinsam erarbeiteter Vertrautheit angesprochen.

Dauer und Kontinuität im Rahmen der Veranstaltungen sollen die für diese Art von Arbeit erforderliche persönliche Vertrautheit der Fortbildungsteilnehmer sichern. Die Arbeit an weiteren Themen, die eher gegenstandsbezogene Arbeit notwendig machen, unterliegt nicht so strengen Bedingungen wie personenbezogene Fortbildung. Daher sind die Rahmendaten variabler zu gestalten.

Zu 4.

Freiwilligkeit der Teilnahme ist Bedingung, weil eine Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis, die die persönlichen Strategien von Kontaktaufnahme, Verhalten in der Institution, Umgehen mit Anforderungen etc. thematisiert, nicht gegen den Willen des Beraters erzwungen werden kann. Emotionale Abwehr eines solchen Vorgehens verhindert das Lernen.

Zu 5.

Es handelt sich um eine Fortbildung im dienstlichen Interesse, nicht um eine Weiterqualifikation für eine andere angestrebte Tätigkeit.

Einschränkende Bedingungen in einzelnen Hochschulen führten dazu, daß bisher nur eine 4-tägige Pilotveranstaltung durchgeführt werden konnte. Diese wurde von einer Vorbereitungsgruppe inhaltlich vorstrukturiert und organisiert. Über dieses Blockseminar wird im Folgenden berichtet.

II. Durchführung der ersten gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung Hessischer Studienberater

30.11. - 3.12.1981 in Hunoldstal/Taunus

Die Pilotveranstaltung stand unter dem Leitsatz, daß Praxiskompetenz nicht unabhängig von Praxis erreicht, bewahrt und erweitert werden kann. Deshalb sollte die Fortbildung als Auseinandersetzung mit Praxisproblemen und Verarbeitung von Praxiserfahrungen organisiert werden.

Folgende Themenbereiche sollten nach Übereinkunft der Studienberater vorrangig in der Fortbildung behandelt werden:

- Erstgespräch (einmaliges Einzelgespräch oder Einzelgespräch mit Nachfolgetermin)
- Arbeit mit Schüler- und Studentengruppen unter gruppenspezifischen Gesichtspunkten
- Verweisungsmöglichkeiten der Studienberatung und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen
- Probleme der Zuständigkeit der Zentralen Studienberatung

Aus organisatorischen Gründen und wegen seiner Bedeutung als eine zentrale Form der studienberaterischen Praxis wurde das Erstgespräch als Thema der Pilotveranstaltung gewählt. Die Bedeutung dieses Themas kann wie folgt erläutert werden:

Die häufigste Beratungssituation in der Zentralen Studienberatung ist das einmalige Einzelgespräch bzw. das Erstgespräch mit nachfolgendem Einzeltermin oder -terminen. Es kommt also darauf an, bei diesem Kontakt das hinter der vorgetragenen Frage oder dem angedeuteten Problem verborgene Anliegen zur Sprache zu bringen - falls es vorhanden ist - und mindestens den nächsten Schritt zu überlegen bzw. zu vereinbaren.

In der Pilotveranstaltung wurde als Teilaspekt die Wahrnehmung in Beratungssituationen, insbesondere im Erstgespräch, behandelt.

Die Veranstaltung fand vom 30.11. - 3.12.1981 im Haus der Sieben Brüder in Hunoldstal/Taunus statt. Zehn hauptberufliche Studienberater der folgenden Hochschulen nahmen teil: Uni Frankfurt, TH Darmstadt, GH Kassel, FH Wiesbaden, FH Gießen, Uni Gießen, FH Fulda, Uni Marburg.

Seminarleiter war Dr. Lothar Wittmann, Dipl.-Psych., Universität Marburg.

Das praxisorientierte Training nahm 3 Tage der Veranstaltung in Anspruch, 1 Tag wurde für Nachbereitung, Diskussion von Sachfragen, Planung weiterer Fortbildung verwendet.

Es folgt eine knappe Beschreibung der theoretischen Grundlagen der Fortbildung und des praktischen Ablaufs in Form eines Ergebnisberichts.

Theoretische Grundlagen

Ein vom Seminarleiter zur Vorbereitung eingebrachtes Papier enthielt wichtige Hinweise, die hier zusammengefaßt sind:

1. Wahrnehmungsraster beeinflussen in starkem Maße das Beratungsgeschehen. Wie nehmen wir wahr? Welche Möglichkeiten hat der Berater, das was für die Entscheidung des Klienten wichtig ist, wahrzunehmen? Durch welche Sperrn wird seine Wahrnehmung selektiv, wo ist sie durch den institutionellen Rahmen beeinflusst?
2. An den Klienten wird mit vorstrukturierten Erwartungen herangegangen. Wie treffen sich diese mit denen des Klienten, wie kommt es zu klar definierten Interaktionsformen?
3. Handwerkszeuge in der Beratung können Selbstreflexion und Selbsterfahrung sein, damit schwierige Beratungssituationen verstanden, durchgearbeitet und trainiert werden können.

Welche Ängste und Unsicherheiten wirken sich wie auf die Beratung aus?

4. Wie ist unsere Beratungspraxis, wie kann sie geändert werden? (Hauptteil der Fortbildung)

Methoden, Arbeitsschritte

Folgende Methoden wurden auf einander aufbauend eingesetzt und geübt:

1. Skalierungsübung

Anhand der Tonbandaufzeichnung eines Beratungsgesprächs wurden die Einschätzungen der Teilnehmer in Bezug auf den Klienten und das Problem nach vorgegebenen Skalen abgegeben. Differenzen und Unterschiede wurden diskutiert.

Ziel hierbei war die Verdeutlichung subjektiver Faktoren in der Wahrnehmung.

2. Soziale Wahrnehmungsraster

In Kleingruppen wurden Erwartungen von Beratern an den idealtypischen positiven und negativen Klienten aufgestellt. Gemeinsamkeiten, Differenzen und deren Ursachen wurden im Plenum besprochen. Einige grundsätzliche Erwartungen an die Klienten wurden herausgearbeitet, die immer wieder in Beratungssituationen auftauchen und diese bestimmen.

3. Praxis-Supervision

Anhand von Bandmaterial der Teilnehmer und in Rollenspielen wurden schwierige Beratungssituationen durchgespielt und analysiert. Bei den Bandmitschnitten konnten alternative Interventionsformen der Teilnehmer erprobt, verglichen und begründet werden. Anhand des intensiven Durcharbeitens einiger Bandprotokolle konnte die Wahrnehmung des dort handelnden Beraters ausführlich besprochen und verstanden werden. Im Rollenspiel wurden an der gleichen Problemstellung unterschiedliche Beratungsstrategien erprobt, zum Beispiel mit demselben Klienten eine stärker studienorganisations-bezogene und eine stärker psychosozial-bezogene Beratung. Auch hier wurde die Wahrnehmung des Beraters, besonders aber noch die unterschiedliche Wirkung auf den Klienten behandelt.

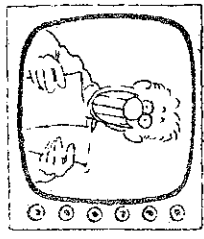
Konkrete Ergebnisse für den einzelnen Teilnehmer

- Das Training brachte eine Schärfung der Wahrnehmung der Teilnehmer für die Erwartung der Klienten und für die eigenen Erwartungen und Befindlichkeiten in der Beratungssituation.
- Verschiedene Interventionsmethoden in verschiedenen Situationen konnten erprobt werden. Diese unterschiedlichen Interventionen konnten auf der Basis der konkreten Situation und der Wahrnehmung der einzelnen Berater verstanden werden.
- Das Training erzeugte mehr Mut zum Angenahmschwieriger Beratungssituationen.
- Alle Teilnehmer haben Einsicht in die Notwendigkeit fallbezogener Supervision bekommen, alle haben Interesse, das Training zu einem anderen Zeitpunkt fortzuführen.

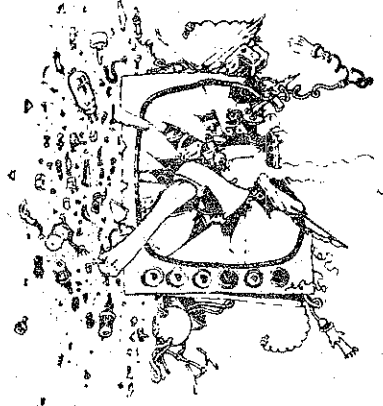
III. Ausblick

Nach der Durchführung der Pilotveranstaltung kann festgestellt werden, daß die in der Zielsetzung an Fortbildung gestellten Erwartungen erfüllt worden sind. Die Teilnehmer sind der Ansicht, daß der Versuch, Fortbildung in dieser Weise zu organisieren, gelungen ist. Das bedeutet nicht, daß diese die einzig mögliche und sinnvolle Form ist, wohl aber, daß unsere Vorüberlegungen eine gewisse Bestätigung gefunden haben (vergleiche Punkt I).

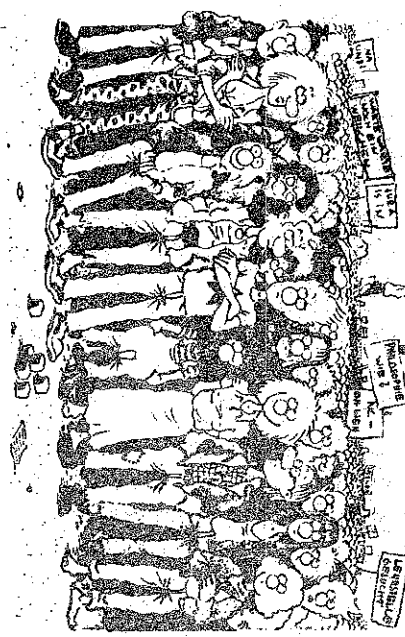
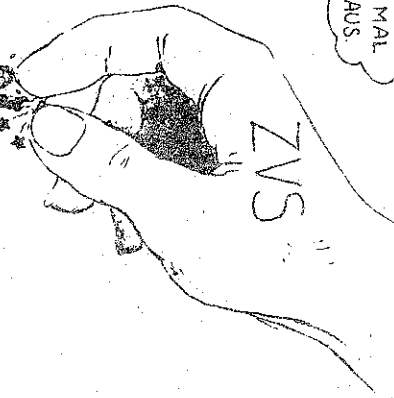
WIKI-BOTSCHAFT
 BIS ZU EINER BESCHLUSSFASSUNG GLEIBT
 ALLES BEI IHN. ALLES WIR WUNSCHEN
 IHNEN FÜR IHR MEDIZINISCHES
 WIEL ERFOLG GUTEN ABEND



DAS RESULTAT :



AH 15. JULI WAR ES SOWEIT...
 ... GREIFEN WIR MAL
 IRGEND EINEN RAUS



1
 DIE AUSWAHLVERFAHRE
 DER MEDIZIN BEFACHT,
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

2
 ABER... ICH WÜNSCHTE EINE
 NEUERUNG, DIE WÄHRSCHEINLICH
 BEWÄHRUNGSSICHER MIT
 NUTZ BRUNGEN
 ZUR NEUERUNG

3
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

4
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

5
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

6
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

7
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

8
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

9
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

10
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

11
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

12
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

13
 UND ICH
 WÜNSCHTE EINE
 NEUERUNG

14
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

15
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

16
 HEUTE HATTE
 DIE SCHWIERIGKEITEN
 DER NUTZBRUNGEN
 MIT IHR NUTZBRUNGEN

NEUER H R G - KOMMENTAR
ZUM BERUFSBERATUNGSMONOPOL

Der soeben erschienene HRG-Kommentar von Heinz Jott¹⁾ (Selb: Beyerischer Studienverlag 1984) eröffnet in der letztthin heftig geführten Diskussion um die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Bundesanstalt für Arbeit (BA) unerwartete und neue Perspektiven. Hierbei geht J. von § 14 Abs. 1 Satz 2 HRG aus, der in den Landeshochschulgesetzen weitgehend wörtlich übernommen wurde. Der Passus, der von den vorausgehenden Kommentaren durchweg abweichend (aber durchaus nicht schlüssiger!) interpretiert wurde, sei hier noch einmal zitiert:

Die Hochschule soll bei der Studienberatung insbesondere mit den für die Berufsberatung und²⁾ für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammenwirken.

Um es vorwegzunehmen: J. kommt zu dem (syntaktisch einzig möglichen!) Ergebnis, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine für Berufsberatung und staatliche Prüfungen zuständige Stelle gibt, die der BA untersteht, so daß

- erstens der von der BA immer noch und wieder vertretene Anspruch auf ein Berufsberatungsmonopol nicht besteht und
- zweitens dieser Anspruch vom Gesetzgeber bewußt unterlaufen wurde³⁾.

J. begründet dies - kurz gefaßt - folgendermaßen:

1. Würde der Gesetzgeber unterstellen, die BA sei für die Berufsberatung zuständig (= kompetent?), gäbe es keinen plausiblen Grund, diese Bundesanstalt unerwähnt zu lassen; in jedem Fall ist jedoch für das HRG und alle Landeshochschulgesetze abzuleiten, daß diese nicht allein die BA als für die Berufsberatung zuständig erachten.
2. Schon das AFG differenziert deutlich zwischen Schule und Hochschule (§ 32) und weist der BA speziell den schulischen (nicht den hochschulischen!) Bildungssektor als Arbeits- bzw. Beratungsbereich zu (§ 26 Abs. 2).
3. Die deutschen Hochschulen haben eine eigene, bedeutsame Tradition (zumindest in der 1. Hälfte des 20. Jhdts.), Berufsberatung in eigener Verantwortung - mitunter allerdings auch in eigentümlicher Verantwortungslosigkeit... - durchzuführen.⁴⁾

4. Diese Tradition hat bereits das Bundesverfassungsgericht in seinem ersten sog. NC-Urteil vom 18. Juli 1972 (= BVerfGE 33; S. 334) unterstrichen und einen Berufsberatungsauftrag der Hochschulen sanktioniert: "individuelle Nachfrage und gesamtgesellschaftlichen Bedarf durch das Mittel der Studienberatung in Deckung zu bringen."

5. Die faktische Unsicherheit der BA in puncto "Berufsberatung" wird vor allem daran deutlich, daß sie seit einigen Jahren auf die Ratifizierung von Kooperationsverträgen mit den Hochschulen drängt - wohl aus der Sorge heraus, "aus dem Geschäft gedrängt" zu werden.

6. Schließlich muß BB (als Berufsberatung) geradlinig und nicht so kurvig wie (weiland) "BB" sein...

Facit: Die Hochschulen müssen die Berufsberatung selbst in Angriff nehmen; denn abgesehen von den staatlichen Prüfungen (hinsichtlich derer sie mit den entsprechenden Prüfungsämtern "zusammenwirken" müssen) sind sie selbst die Institutionen, die - analog zum zitierten Gesetzestext - "für die Berufsberatung und für die akademischen Prüfungen zuständig" sind!

(H.-J. Beyer)

1) J., der bereits durch mehrere Veröffentlichungen zu Verfahrensfragen des Hochschulzugangs hinreichend ausgewiesen ist, galt lange Zeit als linke Hand von PSSJ Angström. Bei der nächsten Bonner Kabinettsunbildung soll er ggf. für das neuzuschaffende UM-Bildungsministerium zur Verfügung stehen.

2) Neben dem HRG fügen die Länder Bayern, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein an dieser Stelle allerdings den Artikel "den" ein; Hamburg und Hessen sind in dieser Hinsicht nicht zu berücksichtigen, da sie die Berufsberatung auch schon mit Schul- bzw. Bildungsberatung kontaminieren. Die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Saarland lassen den o.g. Artikel ausdrücklich weg! Aufgrund der Gesamtargumentation ist darauf zu schließen, daß der inhaltlich syntaktische Fehler nur in den Fassungen der erstgenannten Länder vorliegt (also sowohl in A- als auch in B-Ländern!).

3) Dies vor allem unter dem Aspekt, daß HRG und Landeshochschulgesetze sämtlich jünger sind als das (von der BA gelegentlich fehlinterpretierte) AFG aus 1969.

4) Vgl. hierzu in Kürze H.-J. Beyer, Studienberatung. Geschichte, Recht und Alltag. (Manuskript lag Rezensenten vor.)

TU - ²⁴aktuell

ARGE-TAGUNG in BRAUNSCHWEIG

Ausgabe Nr. 4/82

Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Studienberater an der TU BS

"Wie können wir mit Sinn- und Identitätskrisen im Hochschulbereich umgehen?", diese Frage beschäftigte am 3. und 4. März in Braunschweig über 70 Studienberater aus fast allen Hochschulorten der Bundesrepublik und West-Berlin. Die Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft für Studienberater, der sowohl Mitarbeiter Psychotherapeutischer als auch Zentraler Beratungsstellen der Universitäten angehören, organisierte die Pädagogin Sigrun Krüger von der Zentralen Studienberatungsstelle der TU Braunschweig.

Ziel dieses Treffens war es, die Erfahrungen der Teilnehmer mit dem neuen Studententypus aufzuarbeiten und daraus angemessene beraterische Handlungsmuster zu entwickeln. In einzelnen Arbeitsgruppen konnten die Besucher ihre Erlebnisse mit der neuen Studentengeneration, die oft als unkritisch, angepaßt oder motivationsschwach beschrieben wird, thematisieren. Als besonders hilfreich zur Erarbeitung dieser Fragestellung erwies sich die Erstellung von Collagen, mit denen die Berater ihr Verhältnis

zu den Studenten und deren Anliegen plastisch veranschaulichen konnten.

Die Bildungsberater befaßten sich aber auch mit konkreten Fragen der Hochschulreform und den spezifischen Problemen ausländischer Studenten. Nach ihrer Meinung sollten die Ziele der Studienreform, die von der Studienreformkommission des Bundes beschlossen wurden, auch unter den derzeit schwierigen Bedingungen realisiert werden. Besonders vordringlich sei zudem eine Verbesserung des Beratungsangebotes für Studieninteressenten aus Entwicklungsländern und für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die besondere Identitätsprobleme zu bewältigen haben.

25

Protokoll Arge-Tagung

(vom 3. bis 6. März 1982 in Braunschweig)

Eröffnungsplenum Donnerstag, 04.03.82, 9.30 Uhr bis 11.30 Uhr

Die Organisatoren der Tagung, die Mitarbeiter der ZSB der Technischen Universität Braunschweig, begrüßen Ihre Kollegen und Kolleginnen aus den Zentralen Studienberatungsstellen und den Psychologisch/Psychotherapeutischen Beratungsstellen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Insgesamt sind 70 Teilnehmer der Einladung gefolgt (s. Anlage Teilnehmerliste).

Nach der Bekanntgabe des Tagungsverlaufs werden ganz kurz die Arbeitsgruppen 1 - 8 vorgestellt und die Teilnahme betreffend zu diesen Arbeitsgruppen festgelegt. Im Anschluß daran wird eine "Multi-Media-Show" präsentiert. Um das Rahmenthema "Sinn- und Identitätskrisen im Hochschulbereich" in den Griff zu bekommen, haben einige Kollegen ein Rollenspiel - untermalt mit Musik und angereichert mit passenden Diapositiven - dargeboten. Danach kann sich jeder Teilnehmer mit vollem Elan und starker Motivation in die Arbeit der einzelnen Gruppen stürzen.

Protokoll: Plenum, Freitagnachmittag, 5.3.1982 16.30 - 18.30 Uhr

Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

Erfreulicherweise haben alle Arbeitsgruppen wie geplant stattfinden können.

Zum Verlauf der einzelnen Arbeitsgruppen: siehe Protokolle Arbeitsgruppen 1 - 8.

Die Themen für das Abschlußplenum (Samstag) werden festgelegt:

- Termin der Herbst-Arge-Tagung
- Themen der Herbst-Arge-Tagung
- wer übernimmt Zentralredaktion für das Arge-Info
- welche Orte kommen für zukünftige Arge-Tagungen in Frage
- Arge-Sprecher: Bericht, Neuwahlen
- Berichte aus den einzelnen Zentralen Studienberatungsstellen, Verschiedenes.

Top 1 wird noch am Freitagnachmittag besprochen.

ZSB Dortmund hat als nächster Arge-Organisator terminliche Schwierigkeiten. Das Angebot, die Tagung Anfang Oktober durchzuführen, wird abgelehnt.

Abstimmungen über Termine der nächsten Arge-Tagungen:

Frühjahrstagung grundsätzlich immer Anfang März

Herbsttagung grundsätzlich immer Ende September

Es wird gebeten, daß sich zukünftige Gastgeber an diese Termine halten. Es kann für die diesjährige Herbsttagung kein Ort mit geeignetem Termin gefunden werden.

Auch zu Punkt 3 (Hauptredaktion Arge-Info, Nachfolger von Bochum) kann keine geeignete Lösung gefunden werden.

Protokoll: Abschlußplenum, 6. März 1982, 10.00 bis 12.30 Uhr

Es werden folgende Themen besprochen:

- Top 1 nächste Arge-Tagung und weitere Termine
- Top 2 Arge-Hauptredaktion
- Top 3 Themen der nächsten Arge-Tagung
- Top 4 Diskussion über Studienreformpapier
- Top 5 Argesprecherbericht, Neuwahlen
- Top 6 Berichte aus den einzelnen ZSB's

- Top 1 Nächste Arge-Tagung findet in Bochum (Kooperativ mit Dortmund) vom 22. bis 25. September 1982 statt. Weitere Arge-Tagungen: Frühjahr 1983 Berlin
Herbst 1983 München
Frühjahr 1984 Essen
Herbst 1984 Kassel.

- Top 2 Arge-Hauptredaktion übernimmt für ein halbes Jahr, d. h. bis zur nächsten Arge-Tagung, die ZSB TU Braunschweig, Länderredaktionen bleiben wie bisher, der Druck findet weiterhin an der TU Berlin statt.

- Top 3 Geplante Themen der nächsten Arge-Tagung (Bochum):
 1. Innovative Therapieansätze, "anything goes", Inga Holzapfel-Geffken ZSB Hamburg und Hans-Werner Rückert ZSB FU Berlin (Moderatoren).
 2. Unibilder - welchen Begriff von Hochschule und Studium können wir Studienanfängern vermitteln, Moderatoren: Gisela Hegemann-Mahlting aus Bremen und Jens Brömer aus Kassel.
 3. "Quo vadis Ausländerstudium" in Bezug zur Studienreform, Moderator Kambiz Ghawami, Fachhochschule Wiesbaden, ZSB.

Zwei weitere Themen wurden zunächst mal festgehalten, konnten aber wegen Abwesenheit der Moderatoren nicht endgültig verabschiedet werden.

(4.)

"Beratung zwischen Öffnung der Hochschulen und quantitativen/qualitativen Restriktionen"

Moderator: Gerd Köhler, GEW Frankfurt

(5.) Studienberatung im gesellschaftspolitischen Kontext,
Moderator: Heiner Barre, ZSB Hamburg

Grundsätzlich soll an sich die Organisatoren der Tagung gemeinsam mit dem Arge-Sprecherrat überlegen, ob man die Arge-Tagung jeweils unter einem bestimmten Leitthema laufen lassen sollte. Es wird empfohlen, ein Moderatoren-treffen wieder vorher stattfinden zu lassen. Diese sollten gemeinsam mit den Organisatoren und den Arge-Sprechern über Struktur und Planung der Arge-Tagungen reflektieren. Für das Arbeitsgruppen-Abschlußplenum wird vorgeschlagen, Gruppen zu bilden, in denen je ein Vertreter einer Arbeitsgruppe ist, um sich dann gegenseitig über den inhaltlichen Verlauf der einzelnen Arbeitsgruppen zu informieren.

Top 4 Diskussion über Studienreformpapier von Gerhard Zacharias, Zentrale Studienberatungsstelle Bremen (s. Anlage). Dieses Papier wird in seiner Gesamtheit von dem Plenum verabschiedet, wobei ein weiterer Punkt in bezug auf Ausländerstudium auf Vorschlag von Kambiz Chawami (Fachhochschule Wiesbaden) mit hineingenommen wird.

Top 5 Argesprecherbericht, Neuwahlen

Bruno Zimmermann, ZSB Freiburg, berichtet:

- kaum Kontakte zur WRK, am Status quo nichts geändert
- Tagung am Psychologischen Institut Trier: Symposium Hochschulsozialisation und Studienberatung (Teilnahme von Christian Reitzner, ZSB Tübingen und Gerhard Lotze, ZSB Oldenburg)
- IRTAG, Round-table-Tagung in Cambridge, keine Teilnahme von seiten der Studienberatung möglich
- Kontakte zur GEW, "Studentische Sozialpolitik" --- Arbeitsgruppe Köhler (kann vielleicht in Bochum stattfinden)
- Arge-Tagungs-Struktur neu (siehe erster Tag, Rollenspiel)
- Finanzielles
- Dank an Redaktion Bochum

Danach folgt die Wahl der Arge-Sprecher: Bruno Zimmermann und Meinhold Jäger kandidieren nicht mehr.

Neue Kandidaten: Gerhard Lotze, ZSB Oldenburg, Ilona Rodowski, Hochschule der Künste Berlin, Jens Brömer, Zentrale Studienberatungsstelle Kassel. Alle drei Kandidaten werden für den Arge-Sprecherrat einstimmig gewählt.

Top 6 Berichte aus den einzelnen Stellen

ZSB FU Berlin: Umfrage zum Thema "Modifikation ZVS-Zulassung im Studiengang Medizin". Falls Zentrale Studienberatungsstellen dazu ein Papier erstellt haben oder erstellen wollen, mögen Sie bitte mit der ZSB FU Berlin in Kontakt treten.

ZSB Bremen: Stellenkürzungsdiskussion sollte Thema bei der nächsten Arge-Tagung sein.

ZSB Kassel: Stellenrotation innerhalb Zentraler Studienberatungsstellen möglich? Anregung zur Diskussion für nächste Arge-Tagungen.

gez.

Sigrun Krüger

Zentrale Studienberatungsstelle Braunschweig

Protokolle der ³⁰Arbeitsgruppen

Kurzbericht zur AG 1: "Alternativen in Beratung und Therapie"

Die Gruppe hat zuerst 9 Teilnehmer, fünf Frauen, vier Männer. Einige waren schon in Tübingen dabei, doch weniger, als kommen wollten. Somit umfaßt die Gruppe 6 Fortsetzer (Moderatorin u. Moderator mitgezählt) und drei Beginner. Diese Zusammensetzung ist mitentscheidend für den Gruppenprozeß. Allmählich herauszufinden ist z.B., ob die Neuen (nur) nützliche 'Lückenbüßer' sind oder Sich-Einbringen wagen können und werden. Mit und mit abzuklären bleibt auch, ob die Weggebliebenen sich als bedauernswerter Verlust oder -oje!- krasses Gegenteil erweisen.

Erklärtes Hauptziel ist's, einige Möglichkeiten zu finden und zu erproben, die je eigene Beratungspraxis zu verändern. Zudem selbstgewählte und -bestimmte Lebendigkeit reinzubringen: weg mit dem trübsinnstiftenden Grauschleier. Das geeignete u. ausgewählte Verfahren ist problemzentriertes Rollenspiel. Also keine pure Selbsterfahrung, weil dann ja die Übertragbarkeit des Erfahrenen gering bliebe. Die teilnehmenden Beobachter werden anschließend in kollegialer Weise Feed-back geben. Sie können sich äußern zu:

- ich sah und hörte;
- ich empfand dabei;
- mir fiel dazu spontan ein;
- ich an Deiner Stelle würde.....

(Ob der Mini-Analytiker in uns sich dadurch ruhigstellen lassen wird? Überwiegend gelang's. Ich jedenfalls fühlte mich nicht zu entblößender Selbstausslieferung genötigt und danke allen dafür.)

Zu Beginn die unerläßliche Vorstellungsrunde, u.a. umreißen wir knapp, woher wir kommen, was wir dort tun.

Es folgt eine kurze Zielerörterung, die sich so zusammenfassen läßt.

"Zielsetzung ist, daß jeder Berater seine individuellen Alternativen für seine Beratungspraxis erarbeitet und mit neuen Wegen und Möglichkeiten experimentiert. Dazu gehört, daß jeder erkennt, welche Bereiche seiner Persönlichkeit er in seiner Arbeit schützen und welche er in der Auseinandersetzung mit dem Ratsuchenden stärker öffnen will."

(Aus: ArGe-Studentenberatungs-Info, Nr. 12, S.29)

Danach geht's hurtig in Deckung, drückende Stille entsteht. Endlich wagt's R., ein Berufsalltags-Problem aufzuzeigen: wenn ich immer das Gleiche sagen muß, werde ich ungeduldig und sauer. Es folgt ein Rollenspiel; wir lockern uns, beginnen uns einzubringen, geben Feed-back.

Am Nachmittag kommt eine Teilnehmerin dazu. (Zehn Mitglieder hat die Gruppe nun.) M. wird gefragt, wer sie ist, was sie erwartet. Keinesfalls will sie sich auf unverbindlich-abgehobene Selbsterfahrung einlassen und vorerst abwartend-prüfende Beobachterin bleiben. H. wird von W. gefragt, warum er sich 'umgetauft', einen selbstgewählten Vornamen gegeben habe. Er stellt sich der Frage, greift sie als für ihn wohl bedeutsame auf, läßt sich darauf ein. Es beginnt ein nachdenklich-klärender Dialog. Der aber wird unterbrochen, gestoppt: R. fühlt sich gelangweilt, auch scheint ihm das Namens-Problem themafremd. Ein weiterer Klärungsversuch folgt, R.s Einschätzung findet schließlich knappe und vorläufige Zustimmung. H. ist verärgert und enttäuscht, andere sind irritiert. Nach längerem Übergangszögern wird M.s Problem aufgegriffen. Es lautet etwa: meine Kollegen akzeptieren mich nicht zureichend. Rollenspiel und kollegiale Rückmeldung folgen.

Anderntags greift H. das gestrige Unterbrechen und Stoppen auf. Er teilt seine Eindrücke, Gefühle ... mit: es geht um Klimaverbesserung. Im offenen Gespräch gelingen wechselseitige Verständigung und Annäherung. Es folgt ein Rollenspiel zum gestrigen von B. kurz angerissenen Problem: eigentlich möchte ich nicht beraten; tue ich's doch, bin ich mit meiner Leistung unzufrieden. Wir verfahren wie schon erwähnt. Später wird M.s Schwierigkeit aufgegriffen: die Zusammenarbeit zwischen mir und meiner Kollegin mißlingt oft.

Weil die Zeit drängt, beginnen wir mit der Abschlußrunde. Die Äußerungen zeigen eine positive Einschätzung der vorangegangenen Arbeit: sie vermittelte brauch- und übertragbare Anstöße, zeigte Handlungsansätze auf. Anfängliche Vorbehalte (pure Selbsterfahrung?) und Ängste (Mini-Analytiker?) hatten sich gemildert.

Carmen und Wilhelm boten an, ein Wochenende in Bielefeld durchzuführen; jedoch außerhalb von ArGe-Tagungen. Diese

Offerte möchte ich nutzen. Mich würde es freuen, wenn viele Gruppenmitglieder Carmen und Wilhelm beim Wort nähmen, damit es zu einem Arbeitstreffen kommt.

gez. H.-R. Grün, Aachen

Protokoll der Arbeitsgruppe 2: STUDIENREFORM

Moderation: Gerhard Zacharias

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus 4 Teilnehmern (1 Moderator, 3 Berater) zusammen.

Nach einer Vorstellungsrunde berichten die Teilnehmer, warum sie sich für diese Arbeitsgruppe entschieden haben und diskutieren darüber, warum das Interesse an Studienreform bei Studienberatern relativ gering ist (symptomatisch: die geringe Anzahl von Teilnehmern bei dieser Arbeitsgemeinschaft).

Als Hauptgrund wird die Resignation der Studienberater gesehen, bei Studienreform aktiv mitarbeiten zu können bzw. die Auffassung, daß echte Reform nicht mehr möglich sei.

Die Gruppe spricht die Ebenen, auf denen Studienreform relevant wird, an:

- Gremienebene
- Ebene der täglichen Arbeit von Hochschullehrern und Studenten
- Juristische Ebene (z.B. Anfechten von Verordnungen)

Der Moderator legt ein Papier vor, dessen verschiedene Punkte Diskussionsbasis sind. Das Arbeitspapier soll von der AG bei der Plenumsitzung eingebracht werden.

Die einzelnen Punkte werden nun besprochen:

- Öffnung der Hochschulen:
Die Demokratisierung wird bejaht, allerdings ein etwaiger Niveauverlust an der Universität kritisch gesehen. Die Problematik des Arbeitsmarktes wird angesprochen. Die Umverteilung der Arbeit ist nötig, sie ist zwar zur Zeit noch Utopie, jedoch kann auf dieses Ziel bereits hingearbeitet werden.
- Abbau der Hierarchisierung:
Ergebnisse dieser Reformbestrebungen sind vor allem die Gesamt-

hochschulen. Jedoch weist der an einer Gesamthochschule arbeitende Kollege darauf hin, daß zur Zeit starke Gegentendenzen vorhanden sind - hierarchische Strukturen beginnen sich wieder zu verfestigen.

- Fort- und Weiterbildungsangebote:

Andere Institutionen (z.B. BA) sorgen für solche Weiterbildungsangebote. An der Universität Bremen existiert eine Zentralstelle für Weiterbildung, die sowohl für das Unipersonal als auch für die Bevölkerung zuständig ist. Die Betreuung erfolgt durch Hochschullehrer.

Die Situation des Weiterzubildenden ist am wichtigsten, erst dann kann die Überlegung, womit die Berufsaussichten verbessert werden, einsetzen. Die AG diskutiert, ob die Studienberatung auf diesem Sektor Initiativen ergreifen soll.

- Fachliche und soziale Handlungskompetenz:

Der Bildungsauftrag der Gesellschaft an die Hochschule und die soziale Aufgabe eines Hochschulabsolventen werden besprochen. § 7 des HRG spricht von "verantwortlichem Handeln". Die Definition von "verantwortlichem Handeln" ist äußerst schwierig, da Universitäten keine Parteihochschulen sind oder werden sollen. Die ZSB kann z.B. über Prüfungsordnungen (etwa Vorschlag für Naturwissenschaften: Pflichtenhefte in Ökologie und ähnliches) Einfluß nehmen.

- Berufspraxis:

Es geht hierbei nicht nur um Praktika innerhalb des Studiums, sondern auch um die Auseinandersetzung mit der Berufsrolle. Dieser Spiegelstrich steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem vorhergehenden.

- Integration von Lehre und Forschung:

Paukfächer können in Projekte eingebunden werden, um den Bezug zu Gesamtstudium und späteren Beruf deutlich zu machen. Durch die verschlechterten materiellen Bedingungen läßt sich ein zeit- und geldaufwendiges Projektstudium teilweise nicht mehr verwirklichen.

- Prüfungssystem:

Prüfungen sollten weniger als Selektionssystem, sondern mehr als pädagogisch-didaktische Testmöglichkeit benutzt werden. Das Anforderungsprofil eines Studiums soll schon in den ersten Semestern erkennbar sein, d.h. wenn selektiert werden muß,

dann möglichst zu Beginn des Studiums.

- Interdisziplinarität und Problembezug der Forschungsstruktur:
Die Interdisziplinarität soll dringend gefördert werden, zur Zeit entspricht aber eine immer größere Spezialisierung der Realität.
- Verringerung der Orientierungsprobleme:
Orientierungs- und Beratungsangebote sind zwar inzwischen gesetzlich verankert; jedoch werden solche Angebote aus Sorge, einzelne Fachgebiete könnten ausgetrocknet werden, zum Teil unterlaufen. Hier soll die ZSB vermitteln.

Die Arbeitsgruppe beschließt, eine Umfrage für eine Synopse zu erstellen, a) wo die ZSB laut Gesetz in die Studienreform einbezogen ist b) inwieweit Tätigkeiten innerhalb der Studienreform tatsächlich stattfinden.

Maria Marchel, ZSB Universität Frankfurt

ARBEITSGRUPPE 3:

"HOCHSCHULEN: GARTEN DER LÜSTE ODER FRUSTMASCHINE?"

Vor dem Hintergrund des Rahmenthemas "Wie können wir mit Sinn- und Identitätskrisen im Hochschulbereich umgehen?" haben wir uns in unserer Arbeitsgruppe mit Sinn- und Identitätskrisen von Studienanfängern beschäftigt.

Aus der Sammlung typischer Beispiele/Erfahrungen aus unserer Beratungspraxis entwickelten wir vier Themenschwerpunkte, die in Untergruppen bearbeitet wurden:

- Sinn des Studiums versus Verwertbarkeit des Studiums,
- Verbindung von Wissenschaft und Persönlichkeit,
- Ziel und Form eines Studiums,
- Uni-Angst, Uni-Bluff: Erstsituation des Studenten.

Vorgeschlagen war neben einem möglichen theoretischen Zugang des Themas eine "praktisch-sinnliche" Auseinandersetzung durch Erstellen einer Anfängerbroschüre bzw. Collage. Da verschiedene Vorbehalte gegenüber der praktischen Vorgehensweise geäußert wurden und ein theoretischer Zugang als effektiver eingeschätzt wurde, gingen wir ohne Festlegung der Arbeitsmethode in die Untergruppen.

Nach zwei Stunden intensiver Arbeit, heftiger Diskussionen, eifrigen Klebens zeigten vier "Kunstwerke" in drei Dimensionen, daß trotz aller Vorbehalte in allen Gruppen praktisch gearbeitet worden war.

Übereinstimmend stellten wir fest, daß gerade die praktische Arbeit zu einem effektiveren Ergebnis und zu einem Sich-Näher-Kennenlernen geführt hatte. Schwierig war anhand des vorhandenen Bild- und Schriftmaterials, das zu einseitig schön auf das Thema bezogen ausgewählt worden war (überwiegend aus den Zeitschriften UNI und abi), die verschiedenen Aspekte des Themas in den Collagen auszudrücken.

Die abgebildeten Collagen zeigen die Studiensituation eines Studienanfängers, wie sie sich für die vier Gruppen darstellte.

Eine generelle Schwierigkeit trat auf:

Aus welcher Sichtweise haben wir die Collagen erstellt,

- aus unserer "alten" Studiensituation?
- Möchte-Gern-Studiensituation -

oder

- aus unserer Berufssituation "Studienberater"?

oder

- aus der Sicht der Studienanfänger?

Ein jeder schaue, suche und finde Aspekte aller drei Blickwinkel!!

Thematisiert wurden anhand der Collagen bei der folgenden Auswertung

- die Loslösung vom Elternhaus:
lokale, finanzielle Abhängigkeit ./.. Freiheit, Findung eines neuen Lebenssinns;
ZVS-Ortsverteilung ./.. Mobilität;
Gradlinige Entwicklung ./.. Politische Auseinandersetzung;
Sicherheit der familiären, schulischen, sozialen Beziehungen ./.. Unsicherheit des neuen Kennenlernens;
(Die Auswirkungen des einen oder anderen Aspektes wurden recht kontrovers diskutiert.)
- Ziel / Nutzen des Studiums:
Studieren zur Berufsqualifizierung;
Studieren zur Erlangung von Status;
Studieren zur Vertiefung bestimmter Interessen (Neigungsstudium)
- Wird in den Collagen die Situation des Studienanfängers objektiv und real wiedergespiegelt oder sind die Collagen Ergebnis unserer Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen?
- Anwendung der Methode - Erstellung von Collagen - :
Wir haben die Anwendung dieser Methode erfolgreich ausprobiert und haben sie als geeignetes Mittel zur Aktivierung unserer Erfahrungen erlebt. Sie ist unserer Meinung nach in Anfängerseminaren, Orientierungseinheiten oder auch bei Tutorenschulungen gut einsetzbar. Eine Collage im Warteraum der ZSB könnte für manch einen Wartenden eine illustre Anregung sein.

Arbeitsgruppe 5 : Studienberatung und Öffentlichkeitsarbeit

In der Arbeitsgruppe waren 5 Teilnehmer.

Der erste halbe Tag wurde damit verbracht, einem Gast der Tagung, Herrn Döring vom Deutschen Institut für pädagogische Forschung, Frankfurt, von einem von ihm vorbereiteten Projekt "Beratungsübergreifendes Medium" berichten zu lassen.

Zielgruppe für dieses Medium sind ca 20 000 Berater im Bildungswesen (vom Erziehungsberater bis zum Studien- und Berufsberater). Nach Auswertung einer Umfrage nach dem Informationsverhalten von Beratern will Herr Döring Vertreter aller Beratergruppen zusammenrufen und ihnen als einer Art Redaktion die Konzeption einer Null-Nummer übertragen.

Gleichzeitig werden Verhandlungen mit interessierten Verlagen zwecks Übernahme dieses "Mediums" geführt.

Die Einschätzungen, auf welches Interesse ein solches Projekt stoßen würde, waren in der Arbeitsgruppe sehr unterschiedlich. Insgesamt fühlte man sich aber wohl nicht betroffen, so daß man sich in Warteposition - im Herbst kommt die Nullnummer begeben konnte.

Mit unserem eigentlichen Thema begannen wir mit einem kurzen Erfahrungsaustausch darüber, was in den einzelnen Beratungsstellen an Öffentlichkeitsarbeit betrieben und wie diese Öffentlichkeitsarbeit eingeschätzt wird. Auf Basis dieser Berichte haben wir zwischen drei Formen der Öffentlichkeitsarbeit unterschieden:

- a) Studienberatung als Öffentlichkeitsarbeit
- b) Öffentlichkeitsarbeit im engeren Sinn:
Selbstdarstellung
- c) Die ZSB als "Werbeagentur" der Hochschule

Dazu folgende Eingrenzungen und Bewertungen:

a) Form und Inhalt unserer Arbeit in den Beratungsstellen ist per se auf Öffentlichkeit ausgerichtet, insofern Öffentlichkeitswirksam, wobei der Aspekt der Informativität und der Beratung nicht eindeutig von den Aspekt der Außenwirkung getrennt werden kann.

"Öffentlichkeitsarbeit" in dieser Form wird in allen Beratungsstellen geleistet bei

- der Erstellung von schriftlichen Material,
- der mündlichen Beratung, wo der Ratsuchende selbst zum "Werbeträger" wird, in dem er positiv oder negativ Mundpropaganda betreibt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß "Öffentlichkeitsarbeit" in diesem Sinn so gut ist, wie die Arbeit der Beratungsstelle selbst.

b) Öffentlichkeitsarbeit i.e.S., die Selbstdarstellung in der Hochschulöffentlichkeit, der lokalen Presse oder auch darüber hinaus, dient sowohl der Information der Außenwelt als auch - zunehmend - der Verteidigung der eigenen Position innerhalb der Hochschule.

Übereinstimmend wurde die Verschärfung der Haushaltssituation als tendenzielle Gefährdung auch der Stellen in der Beratung angesehen. Selbstverteidigung als Arbeitsplatzsicherung, Darstellung der eigenen hochschulpolitischen Relevanz wird zunehmend zu einem notwendigen Geschäft der Beratungsstellen.

Bei dieser Selbstdarstellung werden zwei Formen unterschieden:

1. Nachweis unserer Notwendigkeit über quantitative Nachfrage, wobei diese Form der Argumentation sich in erster Linie an die Verwaltung (Haushalt) richtet.

Die Zwieschichtigkeit des quantitativen Arguments war uns durchaus bewußt, wurde aber bei zunehmender Verschärfung der Finanzlage der Hochschulen und ab 1990 abnehmenden Studentenzahlen durchaus als notwendige Verteidigungsform akzeptiert.

2. Inhaltliche Darstellung der Arbeit der Beratungsstellen, Begründung aus der Konfliktlage von Schülern/Abiturienten/Studenten, d.h. Studienberatung als bildungspolitische Notwendigkeit und Korrektiv für das Individuum. Diese Darstellung hat nicht zuletzt zum Ziel, das Image der Berufsgruppe zu verbessern. Hingewiesen wurde dabei auf den Widerspruch, mit dem die Berater ständig zu leben haben:

auf der einen Seite hohe Qualifikationsanforderungen (Hochschulabschluß, Berufserfahrung, Zusatzausbildung etc.) auf der anderen Seite Geringschätzung der "nichtwissenschaftlichen Tätigkeit" in einem Wissenschaftsbetrieb.

In diese Kategorie der Öffentlichkeitsarbeit - die sich im wesentlichen an die Hochschullehrer, Bildungsinstitutionen und politischen Instanzen wendet - fallen alle Veröffentlichungen in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk etc., die inhaltliche Arbeit der Beratungsstellen und ihre Begründung zum Thema haben.

Die Arbeitsgruppe erkannte diese Form der Öffentlichkeitsarbeit als sinnvoll und wichtig und empfiehlt auch den Stellen, die hier bisher wenig Aktivitäten gezeigt haben, Initiativen zu entwickeln.

Als Problem wurde dabei deutlich, daß die unterschiedliche organisatorische Anbindung der Beratungsstellen an den Universitäten, der unterschiedliche Grad an Eigenständigkeit und differierende interne Strukturen keine allgemeine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit erlauben. Das Spektrum reicht immerhin von der Möglichkeit als ZSB selbständig an die örtliche Presse etc. zu gehen bis zur Notwendigkeit, jede Pressenotiz vom Dezernenten, Präsidenten oder Pressestelle genehmigen zu lassen.

Jede Beratungsstelle möge dabei ihre Freiräume nutzen und sich neue erstreiten.

c) Als "Werbeagentur" der Hochschule werden die Beratungsstellen zunehmend dort benutzt, wo man um Studenten werben muß (vgl. die Werbekampagnen für Ingenieurwissenschaften)

Formen: Auftreten der ZSB auf Messen

Hochglanzbroschüren als "Beratungsunterlagen"

Diese Form der Werbung wurde von der Arbeitsgruppe abgelehnt, wir waren allerdings der Auffassung, daß wir es kaum verhindern können, in dieser Weise "mißbraucht" zu werden.

Wir wollen allerdings in diese Werbefeldzüge selbst nicht aktiv eingreifen.

Christiane Bierbaum

Protokoll der Arbeitsgruppe 6:

Probleme bei der Beratung ausländischer Studenten

Ziel der Arbeitsgruppe war es, zu untersuchen, inwieweit ausländische Studenten besonderer Beratungsangebote bedürfen; untereinander Informationen über Zulassungsregelungen und soziale Lage ausländischer Studenten auszutauschen und letztlich innerhalb der ARGE besondere Aufmerksamkeit auf die Situation ausländischer Studenten zu lenken und in dieser Frage stärkere Kooperation zwischen den Beratungsstellen zu schaffen.

Eingangs wurde kontrovers diskutiert, inwieweit die Aufgabe der Beratung ausländischer Studenten besser bei den für die Zulassung zuständigen Akademischen Auslandsämtern oder bei den Zentralen Studienberatungsstellen angesiedelt sei. Für die Auslandsämter wurde argumentiert, diese seien aufgrund ihrer Fachkenntnis (Zulassungsverfahren, Bewertung ausländischer HZB) und ihrer Position als erste Anlaufstelle kompetenter, auch über die

Zulassung hinaus zu beraten.

Für die Studienberatung wurde angeführt, eine deutliche Trennung von Verwaltungs- und Beratungsaufgaben sei im Interesse des Klienten notwendig, sonst könne im Konfliktfall schwerlich auch gegen die Verwaltung beraten werden. Zudem sei bundesweit der Informationsstand über Studiengänge, -inhalte, und -aufbau bei den Studienberatungsstellen besser (Ausnahme ist Bayern, wo Auslandsamt und Studienberatung zusammengefaßt sind).

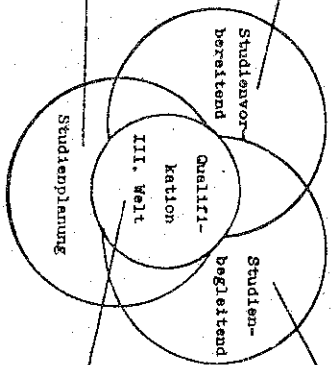
Einigkeit bestand in der Arbeitsgruppe darüber, daß die Probleme ausländischer Studenten - insbesondere dort, wo sie sich von denen deutscher Studenten deutlich unterscheiden - besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Hier stehen Zulassungsfragen (typische Frage: "Kann ich hier überhaupt studieren?"), Sprach- und Integrationsprobleme und finanzielle Schwierigkeiten in Vordergrund, vor allem zu Beginn des Studiums.

Die notwendige Kompetenz kann hier vom Studienberater erworben werden. Nur im Zulassungsbereich gibt es aufgrund des restriktiven Umgangs vieler Auslandsämter mit Informationen Schwierigkeiten, diese zu beschaffen. Auch bestand Konsens in dem Punkt, daß die Schwierigkeiten der aus Ländern der Dritten Welt zum Studium eingereisten Studenten und die der hier aufgewachsenen Kinder ausländischer Arbeitnehmer sich unterscheiden und in der Beratung unterschiedlich angegangen werden müssen.

Zur Verdeutlichung der Ansatzpunkte für Ausländerberatung wurde typisiert der Durchlauf eines ausländischen Studenten aus der Dritten Welt durch ein relativ ideales Beratungsangebot behandelt. Hierbei sollte Studienvorbereitung, Studienplanung, Studienbegleitung und Studienabschlußberatung orientiert sein an den Bedürfnissen des Studenten und an seinem kulturellen Hintergrund. Er soll nicht in eine bestimmte Richtung beraten werden - z. B. Rückkehr ins Heimatland nach dem Studium, wobei gerade diese Frage in der Beratung durchaus problematisiert werden sollte. Qualifizierung zur Berufspraxis in der Dritten Welt sollte in der Beratung eine zentrale Stelle einnehmen und dafür relevante Studieninhalte sollten aufgezeigt werden (falls vorhanden; auf diesem Gebiet ist noch Studienreform fällig! Anm. des Protokollanten). Bei der Gestaltung der Beratungsarbeit sei nicht von "Betreuung", sondern von partnerschaftlicher Zusammenarbeit unter Förderung von Eigenverantwortung und -initiative auszugehen.

(Literaturhinweis: Kambiz Ghawami, Studienberatung für ausländische Studenten; in: Wolf Rieck (Hrsg.), Studienberatung, Reihe Blickpunkt Hochschuldidaktik 62, Hamburg 1981. Hieraus stammt die folgende Grafik:)

- Maßnahmen**
- Zeugnisabwertung
 - Vermittlung Studienkolleg
 - Beratung bei der Studienortwahl
 - Wohnungsvermittlung
 - Unterstützung bei Behörden
 - Vermittlung von Praktikantenplätzen
 - Finanzielle Förderungsmöglichkeiten



- Maßnahmen**
- Vertiefung der deutschen Sprache
 - Fachwissenschaftliche Unterstützung
 - Vermittlung von Mentoren
 - Aufbau von Sozialkontakten
 - Integration in die Studentenschaft
 - Organisierte Interessenvertretung
 - Unterstützung bei Behörden
 - Stellvermittlung in Ländern der III. Welt
- Maßnahmen**
- Anpassung der Studienordnung
 - Anpassung der Prüfungsordnung
 - Aufbau spezieller Studiengänge
 - Info-Stelle
 - Vermittlung von Stipendien
 - Stellvermittlung in der III. Welt

ÜBERSICHT: SOZIALE, FACHLICHE UND ADMINISTRATIVE BERATUNG FÜR STUDENTEN AUS DER DRITTEN WELT AN HOCHSCHULEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
BEZIEHUNGSMODELL STUDENT UND INSTITUTIONEN

Eine Schilderung der Lage ausländischer Studenten aus der Dritten Welt erfolgte durch die Vorführung des Video-Films "Muhammad - oder die Angst vor dem nächsten Semester", der vom Hessischen Rundfunk 1977 an der Frankfurter Universität unter Mitwirkung ausländischer Studenten gedreht worden war. Der Film zeigt deutlich die sozialen Probleme, wie Diskriminierung bei der Wohnungssuche, Schwierigkeiten, einen Job zu bekommen um das Studium zu finanzieren und Auseinandersetzung mit den Ausländerbehörden. In der Arbeitsgruppe wurde der Film zum Ausgangspunkt einer Diskussion über Eingrenzung und Lenkung des Ausländerstudiums in der BRD oder Bewahrung eines liberalen Zustandes relativ unreglementierter ausländischer Nachfrage nach Studienplätzen. Zum "Lenkungsansatz" wurde argumentiert, eine stärkere Basierung des Ausländerstudiums auf zwischenstaatliche Abkommen würde die im Film gezeigten sozialen Probleme weitgehend lösen, kämen doch dann die Herkunftsländer für die Finanzierung auf. Für den liberalen Ansatz sprach der selbstgewählte Auftrag der BRD zu einer ausgewogenen Entwicklungshilfe und der Schutz politischer und ethnischer Minderheiten in der Dritten Welt, die sonst vielfach von einem Studium ausgeschlossen wären.

Anschließend wurden Ansätze beraterischen Handelns im Ausländerbereich exemplarisch an der Universität Frankfurt und der Fachhochschule Wiesbaden vorgestellt.

In Frankfurt wird seit einigen Semestern versucht, Defizite ausländischer Studenten zu Studienbeginn durch das Angebot einer gesonderten Informationswoche vor Semesterbeginn auszugleichen. Eine besondere Stütze für das erste Semester durch semesterbegleitende Arbeitsgruppen ist im Aufbau. Die Einrichtung eines internationalen Studententreffpunkts wird von der Studienberatung in Zusammenarbeit mit den Studentengemeinden durch ein Veranstaltungsangebot zum Thema Ausländerstudium unterstützt. Die Besucher des Studienkollegs werden durch von der Studienberatung organisierte Fachbereichserkundungen auf das Studium vorbereitet. (Ein ausführlicher Bericht über diese Arbeit ist für ein späteres ARGE-Info geplant).

In Wiesbaden wird besonderes Gewicht gelegt auf eine studienbegleitende Beratung nach dem oben dargelegten Modell, wobei die Studenten in entscheidenden Phasen ihres Studiums die Studienberatung zur Information und Entscheidungsüberprüfung aufsuchen. Auch hier gibt einen fest angebotenen Treffpunkt für ausländische Studenten, in Zusammenarbeit mit dem Wiesbadener Komitee des World University Service (WUS).

Zusammengefaßte Ergebnisse der Arbeitsgruppe:

Aufgrund ihrer spezifischen Probleme bedürfen ausländische Studenten innerhalb der Studienberatung besonderer Aufmerksamkeit und Angebote.

Die Schwierigkeiten ausländischer Studenten aus der Dritten Welt, aus Industrieländern (die meist nur 1 - 2 Semester hier studieren) und der "Bildungsinländer" (Gastarbeiterkinder mit deutscher HZB) unterscheiden sich und müssen unterschiedlich in der Beratung angegangen werden. Für die Studenten aus der Dritten Welt bietet sich besonders ein integriertes Beratungsmodell aus Studienvorbereitung, -planung, -begleitung an, unter Einbeziehung der notwendigen Vermittlung von Qualifikationen, die für die Dritte Welt relevant sind, innerhalb des Lehrangebots.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe werden in Fragen der Beratung ausländischer Studenten weiter kooperieren und versuchen, innerhalb der ARGE besondere Aufmerksamkeit auf die Ausländerberatung zu lenken.

Für spätere ARGE-Tagungen sind 2 Arbeitsgruppenangebote vorgesehen:

- Reform des Ausländerstudiums in der BRD - Lenkung oder Liberalisierung?
- Studienbedingte Krisen und psychische Probleme bei ausländischen Studenten.

März 1982

Kambiz Ghawami
(FH Wiesbaden)

John-Andrew Skillen
(Uni Frankfurt)

Arbeitsgruppe 7: Wie erlebe ich meine Berufsrolle als Studienberater?

Moderatoren: Inga Holzapfel-Geffken, ZSB Hamburg
Dieter Erbacher, ZSB Dortmund

Teilnehmer: Böck-Roth, Franz, Kassel
Friedl, Wilfried, Wiesbaden
Göhing, Bernd, Essen
Hellborn, Wolfgang, Bremen
Kausche, Jasper, Berlin
Schloz, Udo, Darmstadt
Schellak, Uwe, Berlin

Zu Beginn suchte die Gruppe nach einem geeigneten Einstieg im Rahmen der in der Ausschreibung vorgegebenen Ausgangsfragen. Dabei ergab sich für die Ausgangsfragen eine Bündelung nach den Leitfragen: Wo komme ich her (biographisch, bildungsmäßig usw.)? Wo stehe ich (in meiner derzeitigen Arbeit)? Wo will ich hin (Veränderung der Arbeitssituation? Berufswechsel?)?

Da eine Nachzeichnung des Gruppenprozesses zu aufwendig wäre, sollen hier nur einige bedeutsame Statements von Gruppenmitgliedern aneinandergereiht werden (Einstützfrage: Was tue ich gern/nicht gern?).

- Ich berate gerne Leute, mit deren Ausgangslage ich mich identifizieren kann (Analogien in Biographie und Bildungsweg).
- Ich berate nicht gerne Leute, die mit ihrem Anliegen (mit sich selbst, mit mir) nur kokettieren.
- Ich fühle mich wohl, wenn die Ratsuchenden ihr Anliegen ernstnehmen, weil ich mich dann auch ernstgenommen fühle.
- Ich berate gerne Leute, die ich so erlebe, wie ich selbst gerne wäre.
- Ich werde sauer, wenn "Aufträge" an mich herangetragen werden.
- Ich leide darunter, ausgesaugt zu werden.
- Es fällt mir schwer, mich bestimmten Anforderungen zu entziehen, vor allem, wenn ich ihre Berechtigung einsehe. Das bedroht meine persönliche Arbeitsökonomie (quantitative Überforderung).

Zum letzten Statement wurden Verhaltensstrategien überlegt: Bereitschaft, sich abzugrenzen; sich klar werden, was man will; Prioritäten setzen im Spannungsfeld von Notwendigkeiten und dem, was ich gerne mache, was mir wichtig ist.

46

Eine Krise ergab sich in der Gruppe, als sich einzelne Mitglieder auf ideologisch eingefärbte Grundpositionen zurückzogen. Diese Gegensätze erwiesen sich als nicht bearbeitbar, da sie von der Realität abgesetzt waren. (Symptome: Kränkend wirkende Schlagwörter, gegenseitige Einordnung in bestimmte "Schubladen", Nennung jeweils einschlägiger Fachliteratur). Die Krise wurde durch einen Neuanatz (verbunden mit Rollentausch Leiter/Koleiter) behoben.

Aus der weiteren Arbeit seien hier noch einige Ergebnisse mitgeteilt:

- Vor allem der allgemeine (nicht-psychologische) Berater erlebt seine Tätigkeit oft als diffus. Dieser erlebten Diffusität entspricht eine innere Diffusität (keine klare Identität).
- Mit der Diffusität geht das Kompetenzproblem einher: der allgemeine Berater hat eine Vielzahl verschiedenartiger Einzelkompetenzen; für jeden Einzelbereich für sich genommen gibt es aber im Hochschulbereich jeweils kompetentere Leute. Die Kompetenz des allgemeinen Beraters besteht nur in der Bündelung der Einzelkompetenzen. Dies erzeugt aber keine tragfähige Identität.
- Es gibt den Berater, der seine Identität aus der sozialen Kompetenz herleitet, d. h. aus der Gleichartigkeit des eigenen Sozialisationsfeldes mit dem der Ratsuchenden. Diese Kompetenz schwindet aber täglich (Manifestation z. B. in der Feststellung: Ich kann die Studenten nicht mehr ohne weiteres duzen!). Hier ist eine perniziöse Karriere vorgezeichnet. (Anders liegen die Dinge beim psychologischen Berater, der seine Kompetenz z. B. aus seiner therapeutischen Qualifikation herleitet.)
- Als Lösungsmöglichkeit wurde diskutiert, sich eine spezifische Kompetenz durch eine Zusatzausbildung zu erwerben (z.B. Beratungsausbildung).
- Für andere besteht die Lösung in einem angestrebten Berufswechsel; sie müssen sich mit der Frage auseinandersetzen: Was will ich mitnehmen? (z.B. Rahmenbedingungen: Ich möchte keinen Schlipps tragen müssen!!), Was will ich hier lassen? Was soll anders sein? Nehme ich meine ungelösten Probleme mit?

Es bleibt darauf hinzuweisen, daß diese hier in abgehobener Form mitgeteilten Ergebnisse nicht in allgemeiner Form diskutiert wurden, sondern festgemacht waren an der persönlichen Ausgangslage und Betroffenheit einzelner Gruppenmitglieder.

Abschließend einige Mitteilungen, die mir brieflich als Resümee zu unserer Gruppenarbeit noch zugegangen sind. (Ich setze das Einverständnis mit der Veröffentlichung voraus, verzichte aber wegen des persönlich gefärbten Inhalts bewußt auf Namensnennungen):

"Was mir geholfen hat, waren die Metaphern und Bilder, die unsere Gruppe herausfand: zum einen die Fäden, an denen wir ziehen - und es gibt deren viele -, die unterschiedliche Farben haben. Und nur in ihrer Vielheit und Koordinierungsbedürftigkeit unseren Job ausmachen.. Was von vielen als Diffusion (gefühlsmäßig am Abend, tagsüber als Koordinierungsanspruch an die eigene Aufgabenerledigungsfähigkeit) er- und gelebt wird.

Zum anderen der Begriff 'seine Mitte in der Arbeit finden', womit

47

zumindest gemeint ist, die Mühe des Arbeitsalltags relativieren-der zu nehmen.

Zum dritten der Begriff: 'ein Netz über die Summe der Tätigkeiten legen können', sei es durch Fortbildung oder solidarische Teamarbeit." -

Insgesamt gesehen muß ich sagen, daß unsere Arbeitsgruppe wichtig für mich war, besonders gegen Ende der Tagung (Freitag), da hier die Bandbreite von "Studienberatung" transparenter und dadurch deutlicher wurde, wie der Arbeitsalltag des einzelnen Kollegen sich darstellt. Für mich persönlich kann ich sagen, daß ich langfristig "Studienberatung" - jedenfalls unter derzeitigen Bedingungen - weiterhin verlassen will, wobei ich meine Überlegungen dahingehend modifizieren möchte, daß unter bestimmten Bedingungen (ZSB, Möglichkeit der konzeptionellen Arbeit) eine weitere Tätigkeit in diesem Bereich möglich erscheint.

Studienberatung ist ein Tätigkeitsbereich, der von verschiedenen Bedingungen abhängig ist, z. B. der personellen und sächlichen Ausstattung, dem politischen "Klima". Neben diesen Rahmenbedingungen ist es entscheidend, wie die eigenen Ansprüche - bestimmt durch die eigene Geschichte - bei der Alltagsbewältigung bewahrt werden können.

In dem Arbeitsfeld "Studienberatung" unterscheide ich zwischen der Allgemeinen Beratung und der Psychotherapeutischen Beratung.

In der allgemeinen (zentralen) Studienberatung stellt sich für mich "Beratung", grob skizziert, eher als Informationsbereitstellung und -vermittlung (Studiengänge, Inhalte, Berufschancen, Studienplatzvergabe, NC, Alternativen zum Studium u.ä.) auf verschiedenen Ebenen dar.

Diese "Alltäglichkeit", die Häufigkeit der wiederkehrenden Fragen, die ja von den Ratsuchenden oftmals existenziell erlebt werden, treffen sehr wenig meine "Ebene", d. h. meine Ansprüche, in einem "Gespräch unter Gleichen" Problemstellungen zu würdigen und bewältigen zu helfen.

Aber ist es überhaupt möglich, auf dieser Ebene zu verbleiben, da, auch wenn Zeit gegeben ist, die Informationen auf der "Gegenseite" fehlen und mein "Wissen" auf anderen Erfahrungen beruht?

Weiterhin kommt dazu, daß die Tätigkeiten durch schnelle Beanspruchungswechsel gekennzeichnet sind, d. h. ein ständiges "Umschalten" durch die verschiedenartigsten Fragen. So gesehen werden große Teile des Arbeitsanfalls als unterfordernd erlebt, wobei alle Elemente zusammengefaßt durchaus eine Überforderung ergeben können.

Studienberatung ist ein Arbeitsfeld, das sich unter der Zielsetzung "allgemeiner Beratung" für mich für wenige Jahre als Berufsfeld anbietet. Es gibt für mich zwei Wege, wenn ich meinen Ansprüchen, Wünschen, Hoffnungen gerecht bleiben will:

1. Diesen Bereich zu verlassen. da auch mit Zusatzqualifikation (z. B. Gesprächsführung) ich die Alltagsroutine nicht beseitigen kann. Ich habe dann eine weitere Qualifikation erworben, wobei ich bezweifle, daß ich sie in der konkreten Arbeit verwerten kann.
2. Wenn ich weiter in der Studienberatung bleiben will, müssen die Rahmenbedingungen sich ändern, d. h. für mich, Beratung in einem größeren Team, die Möglichkeit, sich auszutauschen, sich gegenseitig zu helfen, Konzepte zu entwickeln. Aber auch Beratungsinhalte, die "anspruchsvoller" sind."

Dieter Erbacher

Bericht der Arbeitsgruppe: "Bildung von Selbsthilfegruppen im Hochschulbereich"

Fast alle Teilnehmer unserer Arbeitsgruppe hatten schon Erfahrungen in der Anregung und Bildung von Selbsthilfegruppen - größtenteils jedoch negativer Art: ihre Angebote wurden von den Studenten zu wenig aufgegriffen. Im Laufe unserer Diskussion kristallisierten sich einige Ursachen der Mißerfolge heraus:

Ein Haupthindernis liegt wohl darin, daß zu wenig die Bedenken, Zweifel und Unsicherheiten der betroffenen Studenten berücksichtigt wurden, denn in jedem Interessierten spieß sich vor dem Beitritt zu einer Selbsthilfegruppe ein oft starker Konflikt ab- ein "innerer Kampf die ganze Zeit lang" wie ein Student es ausdrückte.

Das "Risiko öffentlich seine Schwierigkeiten und Probleme zuzugeben" (obwohl jeder Mensch diese hat!) wird als so gravierend erlebt, daß der Initiator von Selbsthilfegruppen sich alle möglichen Erleichterungen und Argumente für diese gut überlegen muß. Bei diesen Überlegungen in unserer Gruppe zeigte es sich bald, daß das Haupthindernis zur Bildung von Selbsthilfegruppen der Berater selbst ist: seine verständlichen Zweifel, Bedenken und Befürchtungen, ja sein verstecktes Mißtrauen gegenüber Selbsthilfegruppen werden von den potentiellen Selbsthilfegruppen-Teilnehmern instinktiv gespürt und verstärken wiederum deren Abneigung gegen "solche Experimente".

Hauptaufgabe eines Beraters, der die Bildung von Selbsthilfegruppen anregen möchte, ist es daher, seine positive Einstellung dazu vor allem bei sich selbst zu stärken.

Wir suchten konstruktive Gründe für die Bildung von Selbsthilfegruppen an der Hochschule, um unsere eigene Zuversicht zu festigen, z.B.:

1. Die Selbsthilfegruppe hilft dem einzelnen zur Selbsthilfe: Sie steigert die Chancen und fördert die schöpferischen Fähigkeiten der einzelnen Teilnehmer, ihre Probleme selbst verantwortlich zu lösen.
2. Aufgrund von vielen wissenschaftlichen Untersuchungen gilt als sicher: Die Begabung einer Gruppe ist größer als die eines einzelnen, weil die unterschiedlichsten Fähigkeiten der Teilnehmer zusammenwirken können, um das Ziel zu erreichen. So erschließen sich einer studentischen Selbsthilfegruppe Lösungsmöglichkeiten, die der einzelne oft nur sehr schwer oder gar nicht zu erlangen vermag.
3. Die positiven Erfahrungen mit Selbsthilfegruppen in Gießen, Bochum und Köln zeigen, daß besonders auch Studenten gute Voraussetzungen für Selbsthilfegruppen mitbringen: intellektuelle Begabungen, Einsichts- und Erkenntnisfähigkeit, Interesse an neuen Wegen usw.
4. Eigenverantwortliche Selbsthilfegruppen verwirklichen jenes erlebende Lernen, das Person, Lebenssituation und Lerngegenstand nicht mehr voneinander trennt, sondern miteinander vereint und Denken und Fühlen zu harmonisieren sucht. Der regelmäßige, offene Erfahrungsaustausch in der selbstverantwortlichen Gruppe verbindet somit Handeln, Rollenverhalten als Student, den Austausch von Sachwissen und persönliches Erleben eng miteinander. So kann intensive Selbsterfahrung erreicht werden, was die meisten Ausbildungsgänge an der Universität - zum Schaden aller Beteiligten - versäumen: persönlich-engagierte Beteiligung;

50
Einfühlungsfähigkeit; Praxisnähe; Erkenntnis des eigenen Verhaltens und Fehlverhaltens; Kenntnis der persönlichen Wirkung auf andere und - vor allem - das mitmenschliche Zusammengehörigkeitsgefühl, die Solidarität.

5. Die einstmaligen hierarchischen Beziehungen der Über- und Unterordnung zwischen Lehrer und Schüler, Dozent und Student, Mann und Frau usw. wichen einem Kampf aller untereinander um Prestige, Macht, Einfluß usw. Doch immer deutlicher wurden, daß lediglich partnerschaftliche Beziehungen der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe einen Ausweg aus der derzeitigen gesellschaftlichen Sackgasse darstellen. Die leiterlosen Selbsthilfegruppen üben diese zukunftsweisende Art des Umgangs miteinander - jeder ist Lehrender und Lernender, Bestimmender und Bestimmter zugleich - das neuartige Erlebnis der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung wirkt befreiend und ermutigend.
6. Die hilflosen Helfer, die verunsicherten Lehrenden und Leitenden, die ratlosen Eltern usw. sind zum Begriff geworden. - Generell beginnen sich immer mehr Experten zu fragen, inwieweit sie eher entmündigen, anstatt zur Selbstverantwortlichkeit hinzuleiten. Jede Selbsthilfegruppe bemüht sich durch ihre Zielsetzung, das Verantwortungsbewußtsein, die Selbständigkeit und die aktive Beziehungsfähigkeit ihrer Mitglieder zu stärken.
7. Die Erfahrung zeigt, daß gerade die sozial engagierten, begabten und nachdenklichen Studenten die Initiative zur Bildung von Selbsthilfegruppen ergreifen. Hans Krips

Wer am weiteren Erfahrungsaustausch über Selbsthilfegruppen interessiert ist, unsere Adresse in Köln:

Psychologische Beratungsstelle an der Universität Köln,
Universitätsstr. 21, 5 Köln 41, Tel.: 0221 / 42 52 19
Hans Krips.

57
WER DARF WEN BERATEN?

Im Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (1979) wurde die Studienberatung als Aufgabe der Hochschulen verankert. Die restriktiven Aussagen zum Rechtsstatus der Zentralen Studienberatung und zum stark begrenzten Aufgabenbereich der psychologischen Beratung konnten trotz des Versuchs der Einflußnahme durch die Studienberater nicht verhindert werden.

Nun ließ es der Gesetzgeber nicht alleine dabei bewenden, sondern ermächtigte den Minister für Wissenschaft und Forschung (MWF) darüber hinaus, im Benehmen mit den Hochschulen "Richtlinien für die Organisation und Durchführung der allgemeinen Studienberatung (diese umfaßt auch psychologische Beratung, d. Verf.) sowie die fachlichen Anforderungen an das Beratungspersonal" zu erlassen. Diese "Kern-Bestimmung" schöpft der MWF derzeit aus; über den Erlaß von Richtlinien wird der Versuch unternommen, die seit fast 10 Jahre bestehenden Zentralen Studienberatungen landeseinheitlich zu strukturieren und zu organisieren.

Der den Hochschulen im Mai 1981 zugegangene 15-seitige Richtlinienentwurf greift nach Auffassung der Hochschulen (hierzu haben sich Bochum, Bielefeld, Dortmund, Essen, Wuppertal geäußert) in den gesetzlich garantierten Entscheidungsspielraum der Hochschulen ein. Der Entwurf enthält Aufgabenkataloge in detail, Bündel von Beratungsmaßnahmen, abschließende Beschreibungen von Beratungsformen, etc. In Anbetracht dieser Fülle von Forderungen einerseits und der Restriktionen andererseits nimmt sich die Feststellung nahezu vernünftig an, psychologische Beratung müsse von Studienberatern ausgeübt werden, die eine psychologische Fachausbildung abgeschlossen haben. Eine gutgläubige Interpretation etwa dahingehend, dies beinhalte eine auf das Aufgabenfeld bezogene einschlägige Qualifizierung, wäre jedoch fehl am Platze. So monieren die Hochschulen Bielefeld, Bochum, Dortmund und Essen diese Formulierung, weil sie fürchten, dadurch werde ausschließlich der Berufsgruppe der Diplom-Psychologen der Zugang zu diesem Arbeitsbereich eröffnet.

Daß es sich dabei nicht um eine Paranoia handelt, beweist der Anfang 1982 geführte Schriftwechsel des MWF mit einer nordrhein-westfälischen Hochschule. Darin fordert der Minister jene Hochschule auf, zu Vorwürfen des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP) Stellung zu nehmen. Verantwortungsbewußt machte zuvor der BDP das Ministerium darauf aufmerksam, daß

in der betreffenden Beratungsstelle die psychologische Beratung bei "studienbedingten persönlichen Schwierigkeiten" (Gesetzestext) durch sogenannte fremde Berufsträger (Diplom-Pädagogen mit therapeutischer Zusatzqualifikation bei der GwG) wahrgenommen werde, psychologische Beratung jedoch den Abschluß des Diplom-Psychologen sowie langjährige Berufserfahrung und eine qualifizierte Fortbildung voraussetze. Der zuständige Bearbeiter im MWF, übrigens auch Verfasser des Richtlinienentwurfs, schloß sich in vollem Umfang den Auffassungen des Berufsverbandes an.

Diese Haltung bekräftigte nun im Rahmen eines Anhörungsverfahrens zum Richtlinienentwurf der zuständige Vertreter des Ministeriums.

Sollte unsere Betroffenheit bisher noch nicht deutlich genug geworden sein, hier unsere Meinung dazu:

- o Wir sprechen uns für ein integriertes Beratungskonzept aus. Die Trennung der psychologischen Beratung von der allgemeinen Studienberatung entspricht nicht den Anforderungen unserer Beratungspraxis.
- o Vorschriften des Ministeriums, den Arbeitsbereich psychologische Beratung ausschließlich einer Berufsgruppe zu überlassen, entbehren zum einen jeglicher gesetzlichen Grundlage; zum anderen leisten sie der Privilegierung einer Berufsgruppe in den Beratungsstellen Vorschub.
- o Ein Psychologiestudium stellt keine *conditio sine qua non* für die qualifizierte Wahrnehmung der Aufgaben im psychosozialen Beratungsbereich dar. Beratungskompetenz auf der Grundlage psychotherapeutischer Ansätze kann in der Regel nur über eine berufsbegleitende Zusatzausbildung erworben werden.
- o Wenn auch im in Frage stehenden Tätigkeitsfeld vorwiegend Diplom-Psychologen beschäftigt werden, so darf jedoch anderen Berufsgruppen mit vergleichbarer Qualifikation der Zugang nicht verwehrt werden.
- o Wir weisen auf langjährige Erfahrungen hin, die bestätigen, daß Diplom-Psychologen gemeinsam mit Vertretern anderer Berufsgruppen qualifizierte therapeutische Arbeit leisten. Nicht zuletzt zeigen die Erfahrungen im Rahmen der berufsbegleitenden Zusatzausbildung bei den verschiedenen Therapieverbänden, daß auch Vertreter anderer sozialwissenschaftlicher Studiengänge gleichermaßen eine qualifizierte Ausbildung erwerben.
- o Wir wollen mit unseren Aussagen über die Notwendigkeit von Zusatzausbildungen nicht die derzeitige Praxis der privatwirtschaftlich geführten

Therapieverbände befürworten oder gar unterstützen; vielmehr Überlegungen selber und gemeinsam mit anderen Studentenberatern anregen, welche Alternativen es zur derzeitigen Situation gibt!

Wir möchten gerne unsere Meinung zur Diskussion stellen und gleichzeitig fragen, ob es in anderen Bundesländern bereits vergleichbare Regelungen, Erlasse o.ä. gibt, wie sie derzeit in Nordrhein-Westfalen angestrebt werden?

Wenn Ihr glaubt, uns in der einen oder anderen Form, z.B. per Stellungnahme, unterstützen zu können oder Hinweise oder Erfahrungen habt, die uns hilfreich sein könnten, dann wendet Euch bitte an:

Barbara Röttger-Reinker, Bernd Gehrig
 c/o ZSB Essen, Universitätsstraße 12
 4300 Essen 1 Telefon: 0201-183 2009, 183-2011

VC-REKORD

Minister Postell in weiteren 16 Studien-
gängen wurden 1990 Zulassungsbefreiungen
aufgehoben.
- Der Niedersächsische Minister für Wissen-
schaft und Kunst, Pressemitteilung, Nr. 49,
26. Febr. 1991, S. 1-2

WVK-Bibliothek Nr. 224
v. 15. Mai 1991, S. 16

DER LETZTE LEHRER

Hochschule der Künste Berlin

Oswald Vogel, Solopauker des
Berliner Philharmonischen Or-
chesters, wurde zum Honorar-
professor für Schlagzeug bestellt.

(DUZ 20 / 1981 Personalien, S. 750)

ALTERNATIVE DATENVERARBEITUNG

Tätigkeitswünsche der Diplom-Geographen

...
Erwähnt sei auch der Wunsch nach einer Tä-
tigkeit in der "Datenverarbeitung" (4 %). Als
Alternativlösung für eine berufliche Tätigkeit
kommt diesem Einsatzbereich zunehmende
Bedeutung zu.

(Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der
Bundesanstalt für Arbeit, AIS-Information
Nr. 2/1981, Okt. 1981, S. 5)

BA - BONUS

Das freiwillige soziale Jahr (FSJ)

"Die Dauer des FSJ muß nicht unbedingt zwölf
Monate betragen, aber sechs sind das Mindeste,
um es ... als 'Bonus' bei der ZVS 'gutge-
schrieben' zu bekommen." (abi, 2/82, S. 24f.)

Wen wundert's, wenn der 'Bundeswehr-Bonus'
immer noch durch die BA geistert... (E.A.)

Geläufige Wendungen in Forschungsberichten

von

C. D. Graham, Jr.*

Es ist schon seit langem bekannt, daß...	Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, bei der ursprüng- lichen Quelle nachzusehen
... von großer theoretischer und praktischer Bedeu- tung	... interessiert mich
Wenn es noch nicht möglich war, definitive Antworten auf diese Fragen zu liefern	Die Experimente sind danebengegangen, aber ich habe mir gedacht, daß wenigstens eine Publikation dabei herauspringen könnte
Drei der Stichproben wurden für eingehende Unter- suchungen ausgewählt	Bei den anderen war mit den Ergebnissen nichts anzu- fangen; sie wurden nicht berücksichtigt
... werden typische Resultate aufgezeigt	... werden die besten Resultate aufgezeigt
Laßt man einige Ausreißer aus den Berechnungen her- aus, so ergibt sich...	Aufgrund der Daten kann man unmöglich sagen, daß...
Über einen längeren Zeitraum hinweg wäre vermut- lich...	Ich habe mir nicht die Zeit genommen, das herauszu- finden
Die Übereinstimmung mit den theoretisch vorhergesag- ten Werten...	
ist ausgezeichnet	ist recht gut
ist gut	ist schlecht
ist befriedigend	ist zweifelhaft
ist recht gut	besteht nur in meiner Phantasie
ist so gut wie zu erwarten war	fehlt völlig
Diese Ergebnisse werden zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt	Ich könnte möglicherweise einmal dazu kommen
Die verlässlichsten Werte stammen von Jones	Er ist mein Schüler
Es wird vorgeschlagen, daß...	
Man glaubt, daß...	Ich meine
Es könnte sein, daß...	
Man glaubt allgemein, daß...	Ein paar andere Jungs meinen das auch
Man könnte einwenden, daß...	Ich habe eine so gute Antwort auf diesen Einwand pa- rat, daß ich ihn nun vorbringen will
Es ist klar, daß noch viel zu tun bleibt, bis ein volles Verständnis...	Ich verstehe es nicht
Ein wichtiger Effekt	Über die Größenordnung in der Realität wissen wir nichts
Es ist zu hoffen, daß die vorliegende Arbeit weitere Arbeiten auf diesem Gebiet anregt	Der Aufsatz ist nicht besonders gut, aber über dieses elende Thema hat noch keiner etwas Vernünftiges ge- schrieben
Mein Dank gebührt Joe Glatz für Unterstützung bei den Experimenten und John Doe für wertvolle Diskus- sionen	Glatz hat die Arbeit getan, und Doe hat klargemacht, wozu sie eigentlich gut ist

* Aus: Nationalökonomie, herausgegeben von Orestis Trebes, erschienen im J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen 1982, 2. Aufl.

GUTE-HOFFNUNGS-HÜTTE

Frage: Sie sind aber guter Hoff-
nung!

Judith: Ja, ich bin guter Hoffnung. Wir
haben die Erkenntnis gewonnen, daß
die politischen Kräfte diesen Weg, der
uns beschritten worden ist, auch
weiter gehen wollen. Auch wenn es
für mich schwierig ist.

(Das Ende eines SZ-Interviews mit dem
IG-Metall-Vorstand Rudolf Judith,
Saarbrücker Zeitung, 9. Februar 1982)

Kurioses aus Dortmund

Stellungnahme zur Frage der Paritäten in den Ständigen Senatskommissionen
Abgegeben auf der 9. Sitzung des Konvents der Universität Dortmund
am 6. Januar 1982

H. Kiendl
Abteilung Elektrotechnik
Lehrstuhl für Elektrische Steuerung und Regelung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich möchte heute eine Stellungnahme zur Frage der Paritäten in den Ständigen Senatskommissionen abgeben, und zwar aus der Sicht einer Ingenieurwissenschaftlers. Es ist dies also die Sicht eines Mitgliedes des technisch-naturwissenschaftlichen Kerns der Universität Dortmund, von dem soviel die Rede ist, der aber nur selten in Erscheinung tritt. Für diejenigen, die mich noch nicht kennen, möchte ich hinzufügen, daß ich der Abteilung Elektrotechnik angehöre und dort das Gebiet der Elektrischen Steuerung und Regelung verrete.

Ich möchte zunächst eine Vorbemerkung machen: Ingenieure verlassen sich nicht gerne allein auf das Wort, sondern sind es gewohnt, zur Veranschaulichung komplizierter Probleme Diagramme und Tabellen zu benutzen. Ich möchte dies auch in diesem Vortrag tun.

Bei der Frage, um die es geht, handelt es sich um das Problem, ein Steuerungsorgan der Universität so zusammenzusetzen, daß es in der Lage ist, optimale Entscheidungen zu treffen. Es handelt sich also um ein Optimierungsproblem, und daher möchte ich meine Ausführungen damit beginnen, daß ich Ihnen zunächst ein allgemeines Optimierungsproblem vorstelle und im Anschluß daran die gewonnenen Ergebnisse auf die Frage der Paritäten übertrage.

Als Optimierungsproblem betrachten wir einen Verband von Zugvögeln, die sich gemäß Bild 1 hinsichtlich folgender individueller Kenngrößen unterscheiden: Radius des Gesichtsfeldes, logisch-analytischer Verstand und physische Kraft. Diese Kenngrößen sind Funktionen des Lebensalters: Die physische Kraft erreicht zunächst ihr Maximum und fällt dann langsam ab, der logisch-analytische Verstand erreicht sein Maximum etwas später, und der Radius des Gesichtsfeldes erreicht zuletzt sein Maximum. Das Optimierungsproblem, das ich betrachten möchte, ist das folgende: Stellen Sie sich vor, daß der Zugvogelverband in einer Landschaft die Region größter Höhe finden soll, da diese die optimalen Lebensbedingungen für alle bietet.

Die Lösung dieser Optimierungsaufgabe wird durch Bild 2 veranschaulicht. Wir erkennen dort eine Landkarte mit Höhenlinien, und zwar gibt es einen Berg mit

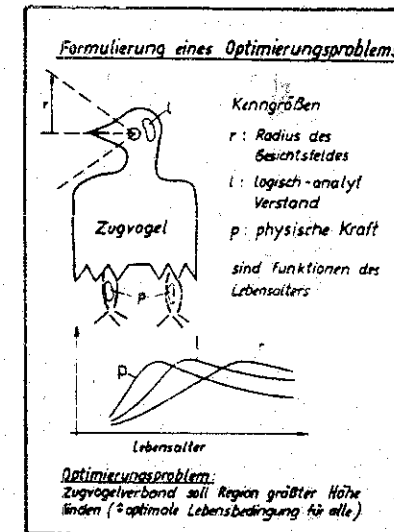


Bild 1

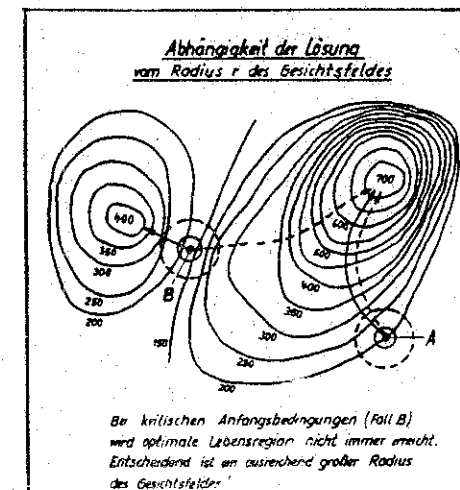


Bild 2

der Höhe von 400 m und einen zweiten Berg von 700 m Höhe. Dieser zweite Berg ist der höchste Berg in der vorliegenden Landschaft und stellt daher für den Zugvogelverband die optimale Lebensregion dar. Befindet sich der Zugvogelverband im Punkt A, so hängt der eingeschlagene Pfad bei der Suche nach der optimalen Lebensregion nur geringfügig von der Größe des Radius r des Gesichtsfeldes ab. Vergleicht man die eingeschlagenen Pfade für die Fälle eines kleinen Radius (ausgezogener Pfad) und eines großen Radius (gestrichelter Pfad), so wird in beiden Fällen die optimale Lebensregion erreicht. Der Unterschied der Pfade besteht nur darin, daß der Pfad, den man mit einem größeren Radius des Gesichtsfeldes findet, etwas kürzer ist. Ähnlich sind die Verhältnisse für viele andere Anfangsbedingungen. Es gibt jedoch kritische Anfangsbedingungen (Fall B), in denen die optimale Lebensregion nur dann gefunden wird, wenn der Radius des Gesichtsfeldes ausreichend groß ist. In dem in der Abbildung dargestellten Fall wird nämlich mit einem kleinen Radius des Gesichtsfeldes nur der nächstgelegene Berg gefunden, während man mit einem größeren Gesichtsfeldradius erkennt, daß das Gelände rechts zunächst noch abfällt, daß der Anstieg dann aber um so steiler ist. Wir halten also fest: Es gibt kritische Anfangsbedingungen, in denen es ganz wesentlich darauf ankommt, daß der Radius des Gesichtsfeldes, auf den Entscheidungen gestützt werden, ausreichend groß ist.

Ich komme nun zurück auf die Frage der Paritäten. Faktoren, die nach meiner Auffassung im Zusammenhang mit universitären Entscheidungen den Radius des Gesichtsfeldes bestimmen, sind

- Lebensalter
- Universitäre Qualifikationsstufen
 - Diplom/Staatsexamen
 - Promotion
 - Habilitation
 - Berufung
- Berufspraxis außerhalb der Hochschule
 - z. B. Industrie
 - Forschungsstätten
- Dauer der Zugehörigkeit zur Hochschule
- Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien
- Umfang der Forschungsaktivität
 - Veröffentlichungen
 - Vorträge
 - positive und negative Kritik der Fachkollegen weitet das Gesichtsfeld

- Ausländererfahrungen

Diese Liste ist nicht vollständig, aber bereits in Ansehung dieser Liste erreichte ich mich, hier folgende These aufzustellen: Die Hochschullehrer weisen im Mittel einen größeren Radius des Gesichtsfeldes auf als die übrigen Gruppen.

Diese Aussage beinhaltet keine Diskriminierung der übrigen Gruppen: Die übrigen Gruppen weisen hinsichtlich anderer Eigenschaften Vorzüge auf. Beispielsweise kommt es für die Erringung eines Nobelpreises im Bereich der Physik weniger auf den Radius des Gesichtsfeldes, als vielmehr auf den logisch-analytischen Verstand und zum Teil auch auf die physische Kraft an. Hinsichtlich dieser beiden Kenngrößen weisen die Gruppen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten Vorteile auf. So ist es z. B. kein Zufall, daß der Junge Mössbauer den Nobelpreis erhalten hat und nicht sein wissenschaftlicher Lehrer, der Hochschullehrer Meyer-Leibnitz, der die Weichen für die Arbeiten von Mössbauer gestellt hat.

Aus meinen bisherigen Ausführungen könnte man folgern, daß ich für die Parität 100:0:0:0 plädiere. Dieser Schluß wäre falsch, denn ich habe gesagt, daß der Gesichtsfeldradius der Hochschullehrer "im Mittel", verglichen mit den übrigen Gruppen, größer ist. Dies bedeutet: es gibt eine gewisse Schwankungsbreite nach Art einer Gauss-Verteilung (Bild 3). In Verbindung mit der größeren Anzahl der Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, verglichen mit der Anzahl der Hochschullehrer, ergibt sich aus diesen Verteilungskurven, daß eine Reihe von Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern denselben Gesichtsfeldradius wie die Hochschullehrer im Mittel erreichen. Es wäre unverantwortlich, auf dieses wertvolle Entscheidungspotential zu verzichten. Ich kann auch aus meiner persönlichen Erfahrung als langjähriger Vorsitzender der Kommission für Studium und Lehre der Abteilung Elektrotechnik bestätigen, daß die Beiträge der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten im allgemeinen außerordentlich wertvoll und konstruktiv waren. In diesem Zusammenhang ist ferner zu bemerken, daß die Anzahl der Hochschullehrer so klein ist, daß es bei dieser Gruppe nicht möglich ist, nur den Bereich überdurchschnittlich großer Werte des Gesichtsfeldradius zu nutzen. Dabei wirkt es sich natürlich auch aus, daß es auch unter den Hochschullehrern Einzelfälle gibt, deren Gesichtsfeldradius besonders stark vom gruppenspezifischen Mittelwert abweicht. Im Mittel sehe ich die Verhältnisse aber so, wie sie in Bild 3 wiedergegeben sind. Daraus ergibt sich für mich die Notwendigkeit für eine angemessene, d. h. differenzierte, Beteiligung aller

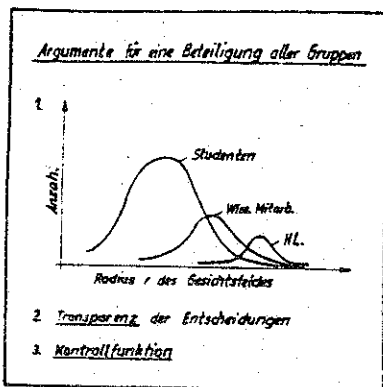


Bild 3

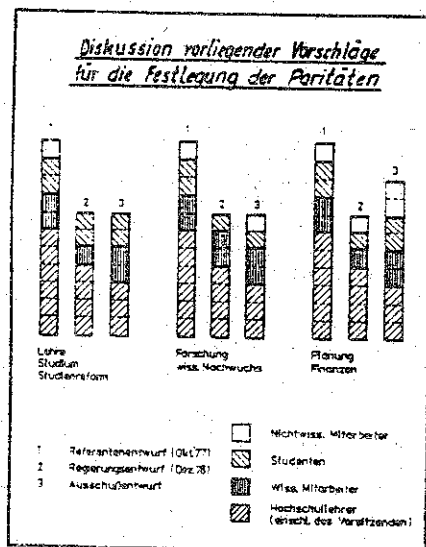


Bild 4

Gruppen an den Entscheidungen.

Weitere Argumente für eine Beteiligung aller Gruppen sind: Es wird die Transparenz der Entscheidungen vergrößert, ferner wird eine Kontrollfunktion ausgeübt, nämlich wer gezwungen ist, seine eigenen Entscheidungen den anderen Gruppen zu verdeutlichen, muß sich um äußerste Korrektheit und Klarheit seiner Gedankenführung bemühen.

Ich komme nun zu einer Diskussion der vorliegenden Vorschläge für eine Festlegung der Paritäten. Es gibt historische Vorläufer für den Ausschussentwurf, der hier zur Diskussion steht. Dies sind der Referentenentwurf vom Oktober 1977 sowie der Regierungsentwurf vom Dezember 1978 (Bild 4). Die Regelungen der Paritätenfrage, wie sie dort vorgeschlagen werden, sind nicht identisch. Sie stimmen aber darin überein, daß in allen drei Ausschüssen den Hochschullehrern eine Mehrheit eingeräumt wird. Dies entspricht meiner These vom größeren mittleren Radius des Gesichtsfeldes der Hochschullehrer und ist in Übereinstimmung damit, daß vom WissHG im Senat eine Hochschullehrer Mehrheit vorgesehen ist.

Wie hat nun der Ausschuss die Vorschläge des Referentenentwurfes und des Regierungsentwurfes berücksichtigt? Da im WissHG keine Festlegung der Paritäten in den Kommissionen erfolgt ist, hätte der Ausschuss die Möglichkeit gehabt, von den Vorgaben des Referentenentwurfes und des Regierungsentwurfes nach unten und nach oben abzuweichen. Ein Blick auf Bild 4 zeigt jedoch, daß der Vorschlag des Ausschusses für alle drei Kommissionen einseitig in der Richtung von den genannten Vorgaben abweicht, daß in keinen dieser Ausschüsse mehr eine Mehrheit der Hochschullehrer besteht. Hierin sehe ich eine Diskrepanz zu meinem Argument vom größeren mittleren Radius des Gesichtsfeldes der Hochschullehrer sowie zur Senatsparität. Diese Diskrepanz zur Senatsparität birgt die Gefahr unnötiger Reibungsverluste zu Lasten von Forschung und Lehre in sich. Es ist nämlich zu befürchten, daß Vorschläge der Kommissionen wiederholt vom Senat an die Kommissionen zurückverwiesen werden.

Aufgrund der oben vorgetragenen Argumente und der bisher noch fehlenden stichhaltigen Begründung des Ausschusses für seine einseitige Abweichung vom Referenten- und Regierungsentwurf zu Lasten der Hochschullehrer halte ich den Vorschlag des Regierungsentwurfes für die sachgerechteste Lösung des Paritätenproblems:

1. Kommission für Lehre, Studium und Studienreform
Vorsitzender, 3 Hochschullehrer, 1 wissensch. Mitarbeiter, 2 Studenten
2. Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs
Vorsitzender, 3 Hochschullehrer, 2 wissensch. Mitarbeiter, 1 Student

3. Kommission für Planung und Finanzen

Vorsitzender, 3 Hochschullehrer, 1 wissensch. Mitarbeiter, 1 Student, 1 nicht-wissensch. Mitarbeiter.

Dieser Vorschlag gewährt den Hochschullehrern zwar in allen Kommissionen die Mehrheit, jedoch jeweils nur mit einer Stimme. Dies bedeutet keine gefährliche Majorisierung der Nichthochschullehrer, da die Hochschullehrer wegen der Rivalität der Fächer im allgemeinen nicht solidarisch sind. In diesem Vorschlag finden alle Gruppen eine differenzierte Berücksichtigung, und es ergeben sich kleine Kommissionen, die für eine effektive Arbeit sinnvoll sind.

Erlauben Sie mir bitte noch die folgenden Schlußbemerkungen: Die Möglichkeiten zur Forschung außerhalb der Hochschule sind für Ingenieure sehr gut, die persönlichen Bezüge ebenfalls. Daher stellt sich die Frage, weshalb sich ein Ingenieurwissenschaftler überhaupt für die Hochschule entscheidet: nach meiner Auffassung vor allem deshalb, weil er die größere Freiheit der Forschung für den Aufbau einer eigenen Schule nutzen möchte. Dies erfordert gute eigene Forschung und Lehre und die Hervorbringung erfolgreicher Schüler, denn erfolgreiche Schüler sind Kennzeichen und Stolz des erfolgreichen Hochschullehrers. Es liegt daher im Eigeninteresse der Hochschullehrer, die Karriere der anderen Gruppen zu fördern. Aus dieser Sicht sollte es keine tiefliegenden Interessensgegensätze zwischen den Hochschullehrern und den übrigen Gruppen geben.

Wenn Berater Ungestüm nachdenkt

Die Westdeutschen Rektoren! Mit denen haben wir Studienberater zur Zeit wenig Glück - besonders wenn sie geballt als Verband auftreten. Erst wollen sie partout von der ARGE nichts wissen und uns möglichst ohne sie fortbilden. Aber das tragen wir ihnen nicht weiter nach, denn so bedeutend wie dieser Verband ist unserer wohl nicht. Aber dann die Zeitungsmeldungen über die WRK-Vorschläge zur Medizinzulassung - die haben mich ernsthaft beunruhigt. Das tut nun wirklich weh! Hätten sich die lieben Rektoren doch beraten lassen, bevor sie solche Enten in die Welt setzten. Viele Medizininteressenten nahmen das nämlich für bare Münze, was Nr. 1 der WRK neulich durch den Kopf schoß: ein halbes Jahr Praxis vor Studienbeginn und obendrein noch einen Praxistest als Auswahlkriterien zur Medizinerzulassung.

Zugegeben - auf den ersten Blick klingt das ganz vernünftig. Auf den zweiten kommen mir aber viele Zweifel, ob dies der Weisheit letzter Schluß ist. Nicht nur deswegen, weil diese Idee praktisch kaum durchführbar ist. Woher wollen die Rektoren denn die vielen Praktikantenplätze nehmen? Soll zusätzlich zur ZVS noch eine ZPBS (Zentrale Praktikantenverteilungs- und Bewertungsstelle) eingerichtet werden? Wäre nur noch zu überlegen, wie man die diversen Unterausschüsse und Beratergremien der ZPBS benennen und besetzen könnte. Und der Praxistest? Zwar gönne ich dem Herrn Trost seinen Erfolg mit dem TMS Buch. Aber muß man ihm unbedingt zu einem neuen Bestseller verhelfen, indem er angeregt wird, ein "praktisches" Nachfolgewerk in die Welt zu setzen?

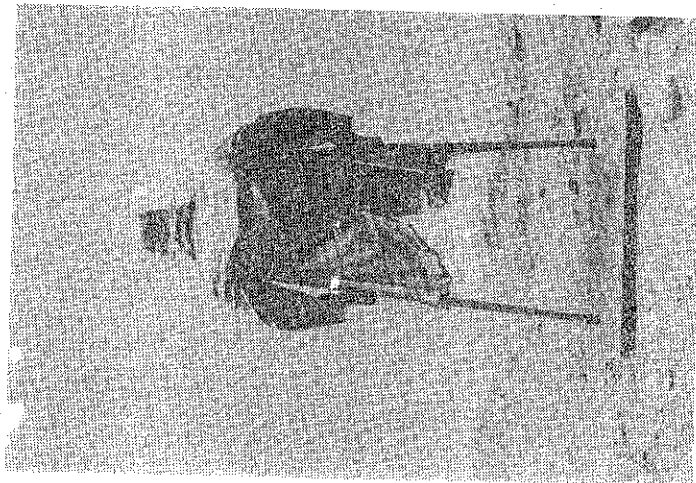
Wenn man nur die Studienberater vorher gefragt hätte! Berater Ungestüm weiß seit seiner letzten testtheoretischen Fortbildung, daß man von einer Krankenpflegehelferqualifikation nur bedingt Rückschlüsse auf die spätere Arztqualifikation ziehen kann, beim Praxistest deshalb die gleichen, wenn nicht komplexere Gültigkeitsprobleme entstehen müssen, wie beim Theorietest. Trost wird's hoffentlich bestätigen.

Lassen wir es deshalb lieber beim jetzigen Verfahren, auch wenn's unbefriedigend ist und denken lieber darüber nach, wie man die Zahl der Medizinstudienplätze vermehren kann.

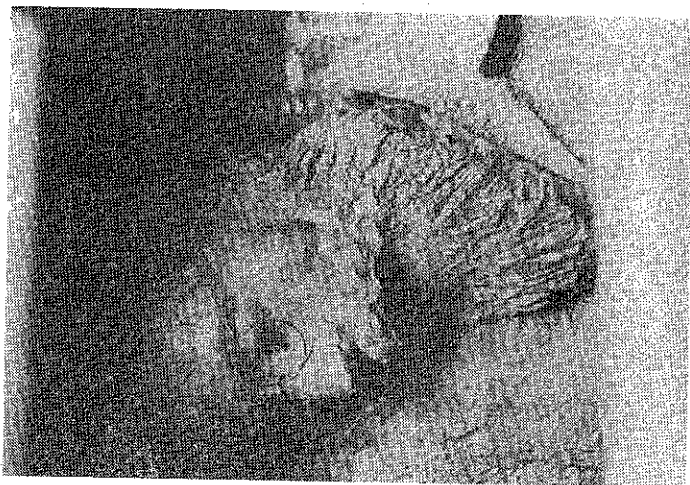
Auf den passenden WRK Vorschlag wartet Berater Ungestüm mit Spannung.

Kultur aus Braunschweig: Environments von Denis Stuart Rose

"Die Erwartung"
Plastik (Lebensgroß) 1981



"Erich Mühsam-Jedem das Seine"
Relief 1978



Info - Studentenberatung

Länderredaktionen:

Baden-Württemberg
Christian Reitzner
c/o Zentrale Studienberatung
Universität Tübingen
Wilhelmstr. 11/11, 7400 Tübingen
Telefon: (07074) 294204

Bayern
Gunter Hudecek
c/o Zentrale Studienberatung
Technische Universität München
Arcisstr. 19, 8000 München 2
Telefon: (089) 2109-2737

Berlin
Hilona Rodowski
c/o Zentrale Studienberatung
Hochschule der Künste
Postfach 126720, 1000 Berlin 72
Telefon: (030) 310331
App. 225

Bremen
Gerhard Zacharias
c/o Zentrales Büro für Studienberatung
der Hochschulen der Freien Hansestadt
Bremen, Postfach 430 440, 2800 Bremen 33
Telefon: (0421) 218-3211
218-2757

Hamburg
Friedr. Kunstreich
c/o Allg. Studienberatung
Fachhochschule Hamburg
Kaltenhuder Weg 23, 2000 Hamburg 76
Telefon: (040) 29488-3631

Hessen
Peter Hauswaldt
c/o ZAB
der Universität Marburg
Im Grün 1, 3500 Marburg 72
Telefon: (06421) 285471

Dieter Styra
c/o Zentrale Studienberatung
Senckenberganlage 25, 6000 Frankfurt 71
Telefon: (0611) 7981630

Niedersachsen
Sigrun Krüger
c/o Zentrale Studienberatung
der TU Braunschweig
Kallersieber-For-Wall 10, 3300 Braunschweig
Telefon: (0531) 391 43 42

Nordrhein-Westfalen
Harburg Roffner
c/o Zentrale Studienberatung
der Universität Essen, Gesamthochschule
Universitätsstr. 2, 4300 Essen 1
Telefon: (0204) 4832009

Rheinland-Pfalz
Irene Jatschar
c/o Zentrale Studienberatung
der Pädagogischen Hochschule Rheinland-Pfalz
Postfach 1860, 6500 Mainz
Telefon: (0631) 46419

Saarland
Heinz-Jürgen Beyer
c/o Zentrale Studienberatung
Und des Saarlandes
Im Stadtwald, 6600 Saarbrücken
Telefon: (0633) 3622624